

Er scheint täglich außer Montags. Preis pränumerando: Vierteljährlich 2,50 Mark, monatlich 1,10 Mk., wöchentlich 26 Pf. frei in's Haus. Einzelne Nummer 6 Pf. Sonntags-Nummer mit Illustr. Sonntags-Beilage „Neue Welt“ 10 Pf. Vollabonnement: 2,50 Mk. pro Quartal. Unter Kreuzband: Deutschland u. Oesterreich: Ungarn 2 Mk., für das übrige Ausland 2 Mk. pr. Monat. Einget. in der Post-Beitragungs-Verzeichnisse für 1893 unter Nr. 6708.

Insertions-Gebühr beträgt für die fünfgepaltenen Zeilen ober deren Raum 40 Pf., für Vereins- und Verammlungs-Anzeigen 20 Pf. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr Nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr Abends, an Sonntagen und Festtagen bis 9 Uhr Vormittags geöffnet.

Lehrredakteur: Amt I. 4186. Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 19, Beuth-Strasse 2.

Donnerstag, den 6. Juli 1893.

Expedition: SW. 19, Beuth-Strasse 3.

Die Matrikularbeiträge.

Wenn je der Inhalt einer Thronrede frei von allen Neberrauschungen war, und lediglich den Inhalt der offiziellen Mittheilungen der letzten Wochen wiedergab, so war es die Ansprache des Kaisers, mit der der neugewählte Reichstag eröffnet wurde. Aufgabe des Reichstages sei nach ihr lediglich die Annahme der Militärvorlage, um die Deckungsfrage habe er sich vorerst nicht zu kümmern; für das nächste Etatsjahr sollen die durch die Militärvorlage notwendigen Auslagen durch die Matrikularbeiträge aufgebracht werden.

Was sind nun diese Matrikularbeiträge? Der Ausdruck stammt noch aus dem alten Deutschen Reiche. Zu der „Reichsmatrikel“ des Reiches waren alle Stände des Deutschen Reiches und ihre Beiträge zu den Kosten der Reichsverwaltung verzeichnet. Die hiernach von den einzelnen Bundesmitgliedern zu entrichtenden Beiträge wurden Matrikularbeiträge genannt, ein Ausdruck, der auch für den Norddeutschen Bund und für das gegenwärtige Deutsche Reich zur Bezeichnung derjenigen Beiträge beibehalten worden ist, die nach § 70 der Reichsverfassung von den einzelnen Bundesstaaten zur Bestreitung der gemeinsamen Ausgaben aufzubringen sind, soweit die letzteren nicht durch etwaige Ueberflüsse der Vorjahre, sowie durch die Einnahme aus den Zöllen, aus den gemeinsamen Verbrauchssteuern und aus dem Post- und Telegraphenwesen gedeckt werden.

Die Matrikularbeiträge werden nicht nach der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit der Einzelstaaten auf diese vertheilt, sondern lediglich im Verhältnis zur Kopfzahl der Einwohner, sie wirken also auf die Einzelstaaten ganz ebenso wie Kopfsteuern, deren Erhebung von jedem Nationalökonom als die mechanischste, ungerechteste und sozial verwerflichste Form der Vertheilung der Staatslasten bezeichnet wird. Das System der Matrikularbeiträge hat keinen einzigen Anhänger, seit Gründung des Norddeutschen Bundes wird es stets bekämpft und niemals vertheidigt und doch steigen die Matrikularbeiträge ununterbrochen, sie betrugen im Jahre 1874: 67 144 800 Reichsmark und waren bis zum Reichshaushaltsetat von 1892/93 fast auf das Fünffache, nämlich auf 320 859 700 M. gestiegen.

Unter den Gegnern des Systems der Matrikularbeiträge wollen wir, von Männern der Opposition ganz absehend, bloß drei unserer vornehmsten Regierungsführer nennen: Se. Excellenz den kgl. preussischen Finanzminister Miquel, der soeben das Großkreuz des Rothen Adlerordens mit Krone und Eichenlaub für seine finanzpolitischen Leistungen erhalten hat, den Chef unserer amtlichen Statistik, den Geh. Rath Hans von Scheel, und den Professor der Nationalökonomie an der Universität Berlin und Kandidaten der „Reichstreuen“ im II. Berliner Wahlkreise, den Geheimrath Adolf Wagner.

In der Sitzung des konstituierenden Reichstages des Norddeutschen Bundes vom 9. März 1867 bekämpfte Miquel mit aller Entschiedenheit die Matrikularbeiträge, er erklärte sie für ungerecht in höchstem Maße, betonte, daß sie nicht die dauernde Basis des Steuer-systems des Bundes sein können und bewies dies an einem noch heute ausgezeichnet zutreffenden Beispiele, indem er darauf hinwies, daß durch sie die reichen Hamburger und Bremer in demselben Maße getroffen werden, wie die entsprechende Anzahl von Bewohnern der armen Thüringer Waldgegend. Der Bundeskanzler Bismarck, der sonst aufs zäheste sein Werk, die Bundesverfassung, vertheidigte, gestand in der Sitzung vom 11. März 1867 zu, daß die Vertheilung der Matrikularbeiträge nach der Kopfzahl ein unvollkommener Modus sei, er täuschte den Reichstag mit der Erklärung, daß es sich bloß um eine Maßregel vorübergehender Natur handle. Mehr als ein Vierteljahrhundert ist seitdem verfloßen und noch nie wurde der Versuch gemacht, die Matrikularbeiträge abzuschaffen oder sie auf eine gerechtere Weise auf die Einzelstaaten umzulegen, obgleich es in der deutschen finanzpolitischen Literatur an bezüglichen Vorschlägen nicht fehlt.

v. Scheel erklärt sich in seiner längeren Abhandlung „Wie sind die Matrikularbeiträge im Deutschen Reiche zu beseitigen?“ (Holtendorff und Brentano's Jahrbuch für Gesetzgebung u. 2. Jahrgang, Leipzig 1878 S. 49-77) für die Beibehaltung geringerer Matrikularbeiträge, weil das Reich derartiger beweglicher Einnahmen bedarf, aber er erklärte die Höhe der Matrikularbeiträge im Jahre 1878 schon viel zu hoch, obgleich sie in dem Etatsjahre, in dem er seinen Aufsatz schrieb, erst 81 108 516 M., demnach erst den vierten Theil der im verfloßenen Etatsjahre erreichten Höhe, betragen.

Adolf Wagner erklärt in seinem Aufsatz über das Reichs-Finanzwesen (Holtendorff's Jahrbuch I. Band 1872 S. 628) das Prinzip der Matrikularbeiträge für politisch, finanziell und volkswirtschaftlich unzulänglich. Er sagt: „In der Vertheilung nach der Kopfzahl der ganz zufälligen und ganz verschiedenartigen Gebilde, welche „deutsche Staaten“ heißen, liegt ein prinzipieller Fehler.“ Besonders treffend gegen die jetzigen Pläne der Reichsregierung schrieb Wagner in diesem vor 21 Jahren veröffentlichten Aufsatz: „Das Irrationale und Nachtheilige der Matrikularbeiträge nach Maßgabe der Bevölkerung tritt um so mehr hervor, je absolut größer die Reichsausgaben und je stärker die Quote (der Antheil) derselben ist, welcher durch jene Beiträge gedeckt werden muß.“ Schon damals, gleich nach Gründung des Reichs, hielt er es für notwendig, „auf Erfassnahmen an stelle der Matrikularbeiträge zu sinnen, damit jene Erweiterung der Uebelstände dieser Deckungsmittel sich nicht noch steigert“.

Wir sehen, wie die Matrikularbeiträge von den festesten Stützen des Reiches prinzipiell bekämpft werden, wie aber doch mit ihnen lustig fortgewurstelt wird.

Der einzige Trost des Herrn von Maltzahn bei der

Kritik seiner von der offiziellen Wissenschaft und vom jetzigen preussischen Finanzminister, freilich vor sechs- undzwanzig Jahren, verurtheilten Wirtschaft mit den Matrikularbeiträgen dürfte es sein, daß die Finanzminister der Einzelstaaten ihn an Fähigkeiten und Weitsicht nicht überragen. Herr Miquel übertrifft ja unzweifelhaft die übrigen Finanzminister an Geschick und Fähigkeiten, aber wo es sich um den Militarismus handelt, ist er ebenso ein willfähriges Werkzeug des General-Reichskanzlers, wie nur irgend ein expedirender Sekretär. Unfassbar bleibt es aber trotz alledem, daß die 25 deutschen Finanzminister nun mitten im Etatsjahr die Kosten der Militärvorlage aufbringen wollen, daß sie alle sich bei der Börse Konkurrenz machen wollen, wenn sie in Folge der Steigerung der Matrikularbeiträge zum Schuldenmachen gezwungen sind, statt das Reich für seine neuen Bedürfnisse selbst sorgen zu lassen. Miquel, dem in Preußen das Geld für Schulzwecke, für Erhöhung der Beamtenegehälter fehlt, der über seinen Geldmangel wie ein Gardelieutenant zu klagen versteht, er muß jetzt aus den preussischen Staatskassen zu den ohnedies fälligen Matrikularbeiträgen für das laufende Etatsjahr noch einige weitere Tugende von Millionen flüssig machen.

Daß man mit dieser Art von Finanzwirtschaft das Reich immer mehr von den Einzelstaaten abhängig macht, das übersehen gänzlich die den Partikularismus so hassenden Nationalliberalen und die anderen „reichstreuen“ Parteien. Hierin, wie in so vielem anderen, können uns die anderen Bundesstaaten, die Schweiz und die Vereinigten Staaten zum Muster dienen, deren Finanzwirtschaft gänzlich unabhängig von Beiträgen der Einzelstaaten ist, sie kommen mit ihren eigenen Einnahmen aus.

Endlich darf nicht außer Acht gelassen werden, wie politisch falsch es ist, daß der auf grund des allgemeinen Wahlrechts gewählte Reichstag die Ausgaben bewilligen soll, während über die Einnahmen die nach den verschiedensten Wahlsystemen gewählten Landtage bestimmen sollen. Es handelt sich hier auch um eine Verminderung der Rechte des Reichstages und um eine Art Verkümmern der Bedeutung des allgemeinen Wahlrechts. Dies sollte nicht außer Acht gelassen werden.

Man wird uns einwenden können, wozu der viele Lärm. Es handelt sich bloß um das laufende Etatsjahr. Nachher sollen die Matrikularbeiträge wieder vermindert werden, indem die Kosten der Militärvorlage durch eigene Einnahmen des Reiches gedeckt werden sollen.

Dies ist wohl möglich, aber keineswegs sicher. Kann sich, was leicht der Fall sein kann, der Reichstag über die Steuervorlagen der Regierung nicht einigen, so bleibt es auf grund des § 70 der Reichsverfassung bei der Deckung der Mehrausgaben durch die Matrikularbeiträge. Deshalb muß mit aller Energie auf Klarheit der finanzpolitischen Situation gedrungen werden, deshalb muß der Reichskanzler und der Staatssekretär des Schatzamtes gezwungen

Feuilleton.

Nachdruck verboten.)

(5)

Die Bekehrung André Savenay's.

Sozialistischer Roman von Georges Renard.

Autorisierte Uebersetzung von Marie Kunert.

Sie hat ihren Geschichtsschreibern befohlen, zu beweisen, daß eine Revolution nichts anderes bedeute, als die zuchtbarsten Greuel und die schauerlichste Verwüstung. Sie hat auch ihre Philosophen, die uns gut zureden: „Nun, nun, die Aristokratie hat doch auch ihr Gutes!“ Sie hat ihre Schriftsteller und Staatsmänner, die, wenn sie unter sich sind, sagen: „Gleichheit? Unsin! Freiheit? Kinderlei!“ Aber das alles nützt ihr absolut nichts mehr. Sie hat sich jetzt in eine Sackgasse verrannt, aus der sie nicht hinaus kann. Sie ist schon halb besiegt, ehe der Entscheidungskampf begonnen. Ohne daß sie es will, ist sie unsere Verbündete. Wir greifen sie jetzt mit ihren eigenen Waffen an, ihre geistigen Waffen nehmen wir, drehen sie um und richten ihre Spitzen gegen ihre eigenen Prinzipien.

„Wie das,“ fragte André, der sich wider Willen durch die glühende Beredsamkeit des alten Revolutionärs hingekissen fühlte.

„O, das ist sehr einfach. Was sagte sie damals? Sagte sie nicht, daß der Sohn eines Marquis sehr wohl ein Laugenschicht oder ein Schurke sein kann, daß es eine Schmach ist, wenn irgend ein großer Herr für seine Schandthaten straflos bleibt, nur weil er sich die Mühe gegeben hat, als ein Mächtiger dieser Erde geboren

zu werden, daß der Rang, den man in der Gesellschaft einnimmt, durch Verdienst und nicht durch die Geburt erworben werden soll, daß der erbliche Adel ein ungerechtes und schädliches Privilegium ist?“

Und wir, was sagen wir? Daß der Sohn eines Bankiers sehr oft ein Dummkopf, ein Wüstling ist, daß es eine Schmach ist, mitanzusehen, wie er stolz in den Polstern seines Wagens ruht, überall den Prahlschall spielt, dabei die kleinen Leute verachtet und sie am liebsten mit einem Blick zerquetsern möchte, während er niemals einen Finger zu ehrlicher Arbeit gerührt hat; ferner, daß die Stellung, die man in der Gesellschaft einnimmt, der Fähigkeit und Tüchtigkeit des einzelnen angepaßt sein soll und nicht dem Geldsack, den er in der Wiege findet; daß der erbliche Reichtum ein ebenso ungerechtes wie schädliches Privilegium ist. Wir aber, wir rufen auch: Gebt Raum dem wahren, persönlichen Verdienst. Und wir — beiläufig gesagt — wir sind in einem höheren Sinne die wahren Aristokraten. Wir wollen die verantwortlichsten Stellen für die Intelligentesten, Willigsten und Tüchtigsten, aber wir wollen unter Aufhebung der Klassenunterschiede auch, daß alle unsere Kinder gleichberechtigt seien.“

Das junge Mädchen, das hoch aufgerichtet und unbeweglich da stand, hörte in andächtigen Schweigen diese stammende Erklärung an. Ihre lebendigen Züge, ihre strahlenden Augen drückten ihr Einverständnis mit den Worten des Alten aus. Sie blickte den jungen Mann mit triumphirender Miene an, als wollte sie sagen: Nun sieh zu, ob Du neutral bleiben kannst!

André kam sich vor, wie ein Mensch, der sich in einem fremden Lande verirrt hat, dessen Sprache er nur schlecht spricht und der nun nach Worten sucht, um seinen Wirth zu antworten, ohne sie zu verletzen. Endlich sagte er, um wenigstens etwas zu sagen:

„So wollen Sie also das Erbrecht ganz aufheben oder beschränken?“

„Mein Gott, ja!“ erwiderte der Greis mit ironischem Lächeln. „Wir wagen es, an das Erbrecht, ja an das Eigenthum überhaupt zu rühren, trotzdem diese Dinge von der Bourgeoisie als heilig und unverletzlich erklärt worden sind, weil sie diese schönen Einrichtungen so vorzüglich für ihren Profit auszunutzen versteht.“ Hatte sie etwa Beweismittel, als sie vor hundert Jahren die Güter der Geistlichkeit in National-eigenthum umwandelte? Was wollen Sie? Wir folgen nur ihrem Beispiel und ihren Lehren. Was hat sie uns in diesem Jahrhundert unausgeseht in allen Tonarten vorgepfeiffen? Daß das Recht auf Besitz sich einzig und allein auf die Arbeit des Individuums gründet. Thiers, einer von ihren kleinen „großen Männern“, hat ein dickes Buch darüber geschrieben. Und da — wundert man sich noch? Wir haben doch recht, wenn wir behaupten, der volle Ertrag unserer Arbeit müsse uns gehören, und wenn wir dann ein System verdammen, das den größten Theil dem Unternehmer, den kleinsten dem Arbeiter giebt. Wir sagen auch: Alle Bergwerke, Fabriken, Grund und Boden sollen der Nation gehören. Wir haben darum auch das Recht, zu rufen: Nieber mit den Müßiggängern, fort mit den Schmarozkern, die von der Arbeit Anderer leben!“

Als André einen schwachen Versuch machte, dagegen zu protestiren, blieb der Alte vor ihm stehen und sagte, einer plötzlichen Eingebung gehorchend:

„Aber in der That, ich vergaß . . ., was ist doch gleich Ihr Beruf?“

André zögerte in seiner Verwirrung einen Augenblick mit der Antwort. Dann kam ihm seine Weltgewandtheit zu Hilfe.

„Meiner Treu, mein Herr,“ sagte er heiter, „ich könnte

werden, die Steuervorlagen dem Reichstage noch in dieser Session vorzulegen, und deshalb darf der Reichstag die Militärvorlage erst annehmen, wenn die Deckungsfrage ihre Erledigung gefunden hat.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 5. Juli.

In der zweiten Sitzung des Reichstages am 5. Juli wurde das Präsidium gewählt. Präsident wurde mit 810 gegen 9 Stimmen der konservative Herr von Levetzow, der auch dem aufgelösten Reichstage präsidirt hat. Auf den Abwardt fiel, was stürmische Heiterkeit hervorrief, 1 Stimme. Erster Vizepräsident wurde das Zentrumsmitglied Herr von Buol mit 800 Stimmen. Zum zweiten Vizepräsidenten wurde der nationalliberale Hoftheater-Intendant Bürklin mit 226 von 285 abgegebenen Stimmen gewählt; es fanden sich in der Urne 44 unbeschriebene Zettel. Die Sozialdemokraten haben weiße Zettel abgegeben. Die Schriftführer wurden durch Akklamation gewählt.

Der deutsche Reichstag ist jetzt glücklich konstituiert, aber kaum zusammengetreten, ist er auch schon des Zusammenseins müde. Alles hastet wieder nach Hause. Man will die Entscheidung über die Militärvorlage so rasch als möglich herbeiführen, und so wird wahrscheinlich von einer Kommissionsberatung abgesehen werden. Geschichte dies, und werden nicht allzuviel Reden gehalten, so könnten diejenigen Recht haben, die dieser Session bloß eine vierzehntägige Dauer in Aussicht stellen. Indes der Reichstag ist noch ein sehr ungewisser Faktor und die Verhältnisse in Deutschland sind unberechenbar.

Die erste Lesung der Militärvorlage beginnt am Freitag.

Aus dem Reichstage. Die freisinnige Volkspartei hat beschlossen, den Antrag auf Aufhebung aller Zölle für Futtermittel bis 1894 einzubringen.

Der Vorstand der Zentrum's-Fraktion besteht für die Legislaturperiode 1893 bis 1898 aus den Mitgliedern: Graf Hompesch als Vorsitzendem, Domkapitular Heindl als stellvertretendem Vorsitzenden, ferner aus den Herren Nischlicher, Freiherrn v. Buol, Verenburg, Dieden, Freigen, Horn, Graf Salen, Gröber, Dr. Freiherrn von Deereemann, Dr. Lieber, Dr. Sings, Dr. Klutelen, Dr. Schädler.

Die Landtagswahlen in Bayern. Aus Nürnberg wird uns unterm 5. Juli depechirt:

Wir haben bei der Landtagswahl mit 13175 gegen 8000 Stimmen gesiegt. Die Sozialdemokratie hat 143, das deutschfreisinnig-nationalliberale Kartell 116 Wahlmänner durchgebracht. Die Stadt Nürnberg wird also nur sozialdemokratische Landtags-Abgeordnete nach München in die Landstube auf der Prannerstraße entsenden. Die Wahl der Abgeordneten, zu der die Wahlmänner zusammentreten, findet bereits am 8. Juli statt.

Unsere Genossen im Ausland. Eine Versammlung von Delegirten der Londoner Sektion der Independent Labour Party (Unabhängige Arbeiterpartei) hat vor einigen Tagen einstimmig folgenden Beschluß gefaßt, der aus Versehen uns etwas verspätet zugeht:

„Diese Versammlung von Delegirten des Distrikts London der unabhängigen Arbeiterpartei beglückwünscht die deutschen Sozialisten zum Ausfall der Wahlen und wünscht, daß ihnen ein noch größerer Erfolg bei den Stichwahlen zu theil werde.“

Die neue Militärvorlage hat folgenden Wortlaut:

Artikel I.
§ 1. Die Friedenspräsenzstärke des deutschen Heeres an Gemeinen, Gefreiten und Obergesreiten wird für die Zeit vom 1. Oktober 1893 bis 31. März 1899 auf 479 229 Mann als Jahres-Durchschnittsstärke festgesetzt. An derselben sind die Bundesstaaten mit eigener Militärverwaltung nach Maßgabe der Bevölkerungsziffer theilhaftig. Die Einjährig-Freiwilligen kommen auf die Friedenspräsenzstärke nicht in Anrechnung. Die Stellen der Unteroffiziere unterliegen in gleicher Weise wie die der Offiziere, Ärzte und Beamten der Feststellung durch den Reichshaushaltetat. In offenen Unteroffizierstellen dürfen Gemeine nicht verpflegt werden.

Ihnen antworten, daß ich Advokat bin. Aber ich bin es in der That sehr wenig! Lieber will ich Ihnen demüthig gestehen, daß ich selbst einer von den Schmarokern bin, die Sie so wenig liebenswürdig behandeln. Was wollen Sie? Ich habe das Unglück gehabt, reich auf die Welt zu kommen. Sie müssen es mir schon vergeben, es ist nicht meine Schuld.“

Das junge Mädchen konnte sich nicht enthalten, zu lächeln. Der Großvater brach in lautes Lachen aus.

„In der That,“ sagte er, „dann haben Sie ja bittere Pillen bei uns zu schlucken bekommen. Ich muß Ihnen ja wie ein wahres Stachelchwein vorgekommen sein. Uebrigens bin ich persönlich auch nicht böse. Ihr Besuch hat mir gezeigt, daß Sie ein gutes Herz haben. Die Art, wie Sie die Dinge zu nehmen wissen, beweist mir, daß Sie einen tüchtigen Charakter haben. Es thut mir sehr leid, wenn ich Sie verlegt hätte. Ich wollte Ihnen nur zeigen, welche eine Kunst heute Arbeiter und Bourgeois von einander trennt. Sie sind Brüder wie Cain und Abel. Das würde mich aber nicht hindern, Sie zu schämen, wenn Sie ein Ehrenmann sind. Aber freilich, was das gegenseitige Versehen anlangt, so ist das eine andere Sache. Wir beide sprechen nicht dieselbe Sprache. Ich wünschte wohl, Sie stellten einmal ein halbes Jahr nur in der Haut eines armen Teufels, der für seinen Unterhalt arbeiten muß. Ich möchte wohl wissen, wie Sie dann denken werden!“

„Danke schön! Sie sind gar zu gütig!“ sagte André lächelnd. „Gestatten Sie mir von jetzt an, mich von Zeit zu Zeit nach Ihrem Befinden und dem der sozialen Revolution zu erkundigen. Sie sehen, ich bin auch ein neugieriger Mensch.“

Der Alte wollte antworten, als plötzlich sehr heftig und energisch mehrmals hintereinander geklingelt wurde. Das junge Mädchen eilte an die Thür, wo bald darauf ein Geräusch entstand, geflüsterte Worte hörbar wurden und eilige Schritte den Korridor entlang kamen. Eine kleine schwächliche Gestalt zeigte sich, in der André sofort

§ 2. Vom 1. Oktober 1893 ab werden die Infanterie in 533 Bataillone und 173 Halbataillone, die Kavallerie in 465 Eskadrons, die Feldartillerie in 494 Batterien, die Fußartillerie in 37 Bataillone, die Pioniere in 23 Bataillone, die Eisenbahntruppen in 7 Bataillone, der Train in 21 Bataillone formirt.

Artikel II.

Für die Zeit vom 1. Oktober 1893 bis zum 31. März 1899 treten bezüglich der Dienstpflicht folgende Bestimmungen in Kraft:
§ 1. Während der Dauer der Dienstpflicht im stehenden Heere sind die Mannschaften der Kavallerie und der reitenden Feldartillerie die ersten drei, alle übrigen Mannschaften die ersten zwei Jahre zum ununterbrochenen Dienst bei den Fahnen verpflichtet. Im Falle nothwendiger Verstärkungen können auf Anordnung des Kaisers die nach der Bestimmung des ersten Absatzes zu entlassenden Mannschaften im aktiven Dienst zurückbehalten werden. Eine solche Zurückbehaltung zählt für eine Uebung, in sinngemäßer Anwendung des letzten Absatzes des § 6 des Gesetzes, betreffend die Verpflichtung zum Kriegsdienst, vom 9. November 1867 (Bundes-Gesetzbl. 1867 S. 131).

§ 2. Mannschaften, welche nach einer zweijährigen aktiven Dienstzeit entlassen worden sind (§ 1), kann im ersten Jahre nach ihrer Entlassung die Erlaubnis zur Auswanderung auch in der Zeit, in welcher sie zum aktiven Dienst nicht einberufen sind, verweigert werden. Die Bestimmung des § 60 Ziffer 3 des Reichs-Militär-Gesetzes vom 2. Mai 1874 (Reichs-Gesetzbl. 1874 S. 45) findet auf die nach zweijähriger aktiver Dienstzeit entlassenen Mannschaften keine Anwendung. Auch bedürfen diese Mannschaften keiner militärischen Genehmigung zum Wechsel des Aufenthaltsortes.

§ 3. Mannschaften der Kavallerie und der reitenden Feldartillerie, welche im stehenden Heere drei Jahre aktiv gedient haben, dienen in der Landwehr ersten Aufgebots nur drei Jahre.

§ 4. Alle diesem Artikel entgegenstehenden Bestimmungen, insbesondere die bezüglich der Festsetzungen des § 6 des Gesetzes, betreffend die Verpflichtung zum Kriegsdienst, vom 9. November 1867, und des § 2 des Artikels II des Gesetzes, betreffend Aenderungen der Wehrpflicht, vom 11. Februar 1888 (Reichs-Gesetzbl. 1888 S. 11) treten außer Kraft.

Artikel III.

Die Bestimmungen des Artikels II § 1, erster Absatz, finden für diejenigen Mannschaften, welche nach zweijährigem aktiven Dienst hienach zur Entlassung zu kommen hätten, im ersten Jahre nach Inkrafttreten dieses Gesetzes keine Anwendung; jedoch zählt eine solche Zurückbehaltung für eine Uebung, desgleichen eine etwaige Einberufung während des angeführten Zeitraumes.

Artikel IV.

Die §§ 1 und 2 des Gesetzes, betreffend die Friedenspräsenzstärke des deutschen Heeres, vom 15. Juli 1890 (Reichs-Gesetzbl. 1890 S. 140) treten mit dem 1. Oktober 1893 außer Kraft.

Artikel V.

Gegenwärtiges Gesetz kommt in Bayern nach näherer Bestimmung des Bündnisvertrages vom 23. November 1870 (Bundes-Gesetzbl. 1871 S. 9) unter III § 5, in Württemberg nach näherer Bestimmung der Militärkonvention vom 21. 25. November 1870 (Bundes-Gesetzbl. 1870 S. 638), vorbehaltlich der Vereinbarung zwischen den Militärverwaltungen Preußens und Württembergs wegen der Uebersiedlung des Fußartillerie-Bataillons Nr. 18 auf preussischen Etat, zur Anwendung.

Die vorjährige Gesetzesvorlage setzte die Friedenspräsenzstärke auf 492 068 Mann fest, und formirte statt 173 Halbataillonen 173 ganze Bataillone sowie 12 Kavallerie-Eskadrons mehr.

Die Kosten der Heeresvermehrung werden in der Begründung der Gesetzesvorlage geschätzt auf 59 940 000 M. einmalige Ausgaben, und auf jährliche Ausgaben von 54 900 000 M.

Aus der Ferienkolonie. Der Sergeant Hoyer in Erfurt vom 71. Regiment wurde wegen schwerer Soldatenmißhandlungen zu acht Monaten Festungshaft und Degradation verurtheilt.

Wir verstehen! Der preussische Kriegsminister hat, wie der „Volks-Zeitung“ mitgetheilt wird, angeordnet, daß die Veröffentlichung der General-Kranken-Rapporte im „Militär-Wochenblatt“ in Zukunft nicht mehr stattfinden soll. Zur Begründung führt Herr von Kallenberg-Stachau an, daß die General-Kommandos von den allmonatlich vorgelegten Rapporten Abschriften erhalten und hierdurch „in die Lage versetzt“ seien, den ihnen unterstellten Kommandobehörden und Truppentheilen über den Gesundheitszustand in der Armeo ausföhrlicher Kenntniß zu verschaffen, als dies durch die nur auszugsweise erfolgenden „und deshalb Mißverständnisse nicht ausschließenden“ Mittheilungen im „Militär-Wochenblatt“ bisher zu ermöglichen gewesen sei. Dem wissenschaftlichen und statistischen Bedürfnisse soll durch Herausgabe ausföhrlicher Jahres-Sanitätsberichte Rechnung getragen werden. Das

die Frau wiedererkannte, die Alfred „die Hyäne“ genannt hatte. Sie erkannte ihn gleichfalls; wenigstens konnte man dies aus der ebenso erstaunten wie verbörrlichen Miene, die ihr Gesicht annahm, und aus dem kurzen, trockenen Gruß, den sie André gleichsam von oben herab zukommen ließ, entnehmen.

„Nun, was giebt's denn, Frau Roguet?“ fragte der Greis.

„Ach, Vater Deschamps, ein schreckliches Unglück! Die Miethleute im fünften Stock, Sie wissen, der Former und seine Frau, die oben in der Mansarde wohnten! Nun... nun! Todt alle beide! Der Mann war schon über einen Monat lang krank, die Frau arbeitete für zwei, ja für drei, denn da ist noch ein kleines Mädchen von acht Jahren etwa. Sie hatten schließlich keine Arbeit mehr, und da hat sie von dem letzten Gelde Kohlen gekauft, und — und alle beide sind erstickt! Als ich nachsehen wollte, was da passirt war, kam gerade der Kommissar, der die Thür aufbrechen wollte. Da hat man denn auf dem Tisch einen Brief gefunden, in dem sie ihr Kind der Barmherzigkeit guter Menschen empfehlen und sagen, sie wollen lieber schnell zusammen sterben, als langsam verhungern. O, diese versuchte bürgerliche Gesellschaft! Braven Arbeitern, wie die Leute es waren, läßt sie nur die Wahl zwischen zwei Todesarten!“

Und mit dieser Verwünschung gegen die Gesellschaft schleuderte Frau Roguet einen grimmigen Blick auf André, als wäre er „diese versuchte bürgerliche Gesellschaft“ in Person.

„Die armen Leute!“ rief Vater Deschamps. „Warum haben sie nicht an unsere Thür geklopft. Ja, dieses große Paris, in dem man nicht einmal seine Nachbarn kennt!“

„Aber,“ sagte André, es giebt doch auch Wohlthätigkeitseinrichtungen hier. Konnten sie nicht noch durch die Armenpflege eine Unterstützung bekommen?“

(Fortsetzung folgt.)

Volk hat ein lebhaftes Interesse daran, nicht erst innerhalb ein bis anderthalb Jahren, sondern allmonatlich über die Gesundheitsverhältnisse seiner Brüder im Waffenrod zu erfahren. Vielleicht ist Herr Kriegsminister v. Kallenberg-Stachau die politisch und sozial so nützliche einfache Berichterstattung der unabhängigen Presse über die Zahl der Selbstmorde im Heere, über die Zahl der Dickschläge u. nicht recht willkommen. Wir verstehen... —

Zu den Nachwahlen. In Hamburg I hat, wie der „Hamburgische Korrespondent“ mittheilt, der Kaufmann Laeisz sich bereit erklärt, auch für die Nachwahl die ihm von dem Kartell der bürgerlichen Parteien angebotene Kandidatur anzunehmen.

In Alzen-lingen ist an stelle Träger's, der für Oldenburg angenommen, der in Pennep-Mettmann durchgefallene freisinnige Fabrikbesitzer R. Schmidt in Elberfeld als Kandidat aufgestellt.

Das Ausfuhrverbot ist da. Der „Reichs-Anzeiger“ vom 5. Juli veröffentlicht eine am selben Tage in Kraft getretene Verordnung, betreffend das Verbot der Ausfuhr von Streu- und Futtermitteln. Die beiden ersten Paragraphen lauten:

§ 1.
Die Ausfuhr von Heu, frischen und getrockneten Futtermitteln, Stroh und Häfeln wird über sämmtliche Grenzen gegen das Ausland bis auf weiteres verboten.

§ 2.
Der Reichskanzler ist ermächtigt, Ausnahmen von diesem Verbot zu gestatten und etwa erforderliche Kontrollmaßregeln zu treffen.

Das Ausfuhrverbot ist unnütz, ja schädlich, weil es, wie wir bereits früher darlegten, Gegenmaßregeln der anderen Staaten geradezu herausfordert. Die Verordnung ist dem Reichstage vorgelegt worden, und von seiner Zustimmung hängt es ab, ob sie in Kraft bleibt. Spricht sich der Reichstag dagegen aus, so muß sie sofort wieder beseitigt werden. Warum benutzt die Reichsregierung nicht die ihr gleichfalls zustehende Vollmacht, die allein wirksame und gemeinnützige Aufhebung der Zölle auf Futtermittel und Lebensmittel umgehend anzuordnen? Aber Junkerdienst geht vor Volksdienst.

Der Plan der Reichs-Eisenbahnfahrkartensteuer wird von der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ sehr gemüthen demotivirt. So ganz „ohne“ ist es also doch nicht. Die allerdings unzuverlässige „Berliner Börsen-Zeitung“ will denn auch erfahren haben, daß bei dem Reichskanzler die Erhebung einer Reichssteuer auf Eisenbahn-Fahrkarten in Anregung gebracht sei. Der Plan gehe dahin, auf alle innerhalb des Deutschen Reiches zur Ausgabe gelangenden Fahrkarten und Fahrscheine eine Steuer bis zu etwa 1 pCt. des einfachen Fahrpreises — jedoch wenigstens 5 und höchstens 50 Pf. — zu erheben. Militärfahrkarten sollen steuerfrei sein. „Daß eine solche Steuer alljährlich eine recht bedeutende Summe einbringen würde, erhellt aus der Uebersicht der Einnahmen aus dem Personenverkehr auf den deutschen Bahnen“, bemerkt dazu das Börsenblatt.

Zollschwierigkeiten mit Spanien. Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ schreibt:

„Nachdem ein Einverständnis mit der spanischen Regierung über die Verlängerung des handelspolitischen Provisoriums bisher nicht zu stande gekommen ist, unterliegen spanische Produkte seit dem 1. d. M. bei der Einfuhr nach Deutschland dem deutschen Generaltarif. Die Verhandlungen über den Abschluß eines Handelsvertrages und eines Provisoriums werden fortgesetzt.“

Der Bundesrath ertheilt in der am 3. d. M. abgehaltenen Plenarsitzung dem Entwurf eines Gesetzes, betreffend die Friedenspräsenzstärke des deutschen Heeres, die Zustimmung. Einer Eingabe wegen Heranziehung zur Gemeinde-Einkommensteuer beschloß die Versammlung keine Folge zu geben.

In der letzten Sitzung des preussischen Abgeordnetenhauses kam auch die Petition der Dissidenten Schuhmacher Jenner'schen Eheleute zu Weihenfeld, wegen Befreiung ihres Sohnes von dem Religionsunterricht der öffentlichen Volksschule, zur Verhandlung. Die Unterrichts-Kommission beantragte, die Petition der Regierung als Material zu überweisen. Abg. Sac (Lous.) beantragte natürlich Uebergang zur Tagesordnung. Seine Partei stehe auf dem Standpunkte des Ministers, der auch durch das Kammergericht als zutreffend bestätigt sei. Es sei „gewissenlos“, die Kinder vollständig dem christlichen Religionsunterricht zu entziehen. Der Kommissionsantrag wird darauf angenommen.

Dem Verdienste seine Krone. Als Anerkennung der unschätzbaren Verdienste, die er sich durch das Zustandebringen der neuen Steuergesetze erworben, hat Liqnel vom Kaiser das Großkreuz des Rothen Adlerordens mit Eichenlaub und Krone erhalten. — Selten ist dem Volke ein Orden so theuer zu stehen gekommen.

Wer trägt die Kosten? Um die Militärvorlage den Wählern in freundlicherem Ansehen erscheinen zu lassen, hielten eine ganze Reihe von Wahlkandidaten den Wählern den Köder vor, daß sie dafür wirken würden, daß die Kosten nicht wieder auf die große Masse der ärmeren Bevölkerung gewälzt werden. In wenigen Tagen werden die Wähler, die auf den Köder angebissen, merken, wie sie nachsüht worden. Die Militärvorlage wird von den Stimmenanglern glattweg angenommen, und die Deckungsfrage vielleicht erst in Jahr und Tag gelöst werden. Bis dahin werden die Kosten durch die Matrikularbeiträge der Einzelstaaten aufgebracht werden. Die Kosten der Heeresvermehrung werden ebenso wie die Kosten des Militarismus überhaupt aus den Taschen des arbeitenden Volkes geholt werden.

Das Musterungsgeschäft. Nach den Ausführungen der Begründung der Militärvorlage beläuft sich die Zahl der wirklich diensttauglichen zur Einstellung in den aktiven Dienst vorgemusterten Mannschaften um 90 000 bis 100 000 Mann höher, als der gesammte Rekrutenbedarf. Dabei ist nur zu beachten, daß diesmal das Musterungsgeschäft nach den neuen Bestimmungen gehandhabt ist, denen zufolge auch Plattfüßler u. s. w. diensttauglich sein sollen.

Ulramontan-liberale Kartell. In Bayern finden heute die Landtagswahlen statt. Bisher ist der Landtag sozialistenfrei gewesen, und die politischen Kämpfe spielten

sich nach der alten Schablone ab. Liberale und Ultramontane rangen um den Einfluß auf die Regierung — das war alles. Jetzt hat das Auftreten der Sozialdemokratie, die auch in den bayerischen Landtag zu bringen sucht, das Bild etwas geändert; die früheren Feinde fühlen auf einmal, daß sie eines Herzens und eines Sinnes sind, und gemeinsam Front gegen die Sozialdemokratie machen müssen. In München haben sie als „vereinigte“ Ordnungsparteien einen Wahlausruf erlassen, den ein Münchener Bürger in Sigl'schen „Vaterland“ treffend beleuchtet. Er schreibt:

„Die Charakterlosigkeit, die dieses Schriftstück bedeutet, drückt mir die Feder in die Hand! Lieber einen Sozialisten als einen Schwarzweizer — ist die Parole der sogenannten Liberalen bis vor kurzer Zeit gewesen; die „verfluchten Nutzen ausklopfen“ war die erste Bedingung „freisinniger“ politischer Arbeit; hochmüthiges, wegwerfendes Behandeln religiöser und kirchlicher Fragen gehörte zum guten Ton des „aufgeklärten“ Liberalismus.“

Auf der anderen Seite war der Liberalismus der Sünderbock für alles: der Vater des Atheismus — der Urheber der den Mittelstand ruinirenden Gewerkefreiheit — der Vorspann und Erzeuger der Sozialdemokratie — der Urheber aller Revolutionen — der Hort der Freimaurerei u. s. w. u. s. w.

„Und sowohl den Ultramontanen als auch den Liberalen war es bitterer Ernst mit diesen Anschauungen. Demgemäß gestaltete sich auch jeweils der Kampf zwischen diesen feindlichen Elementen. Keine Verdächtigung war zu plump, keine Verleumdung zu gemein, Kallmann wurde den Schwarzweizer an die Rockschöße gehängt, ein anderer Lump den Liberalen. „Katholiken“ wurden und werden von den Liberalen gehänselt, von der anderen Seite mit oft blinder Wuth versetzt. „Weg mit den Pfaffen“ aus der Schule“ ist der Ruf der Liberalen — „Die Schule gehört der Kirche“ protestiren die Führer der Ultramontanen! So lang es in allen Tonarten, so klingt es heute noch und so wird es auch ferner klingen.“

„Angesichts dieser Thatsachen muß es abstoßend, ekel-erregend und, daß die Komik nicht fehlt, geradezu lächerlich wirken, wenn diese feindlichen Gesellen sich als die vereinigten „Ordnungs“-Parteien aufspielen, — sie, die schon so viel Unordnung und großen Unangenehmlichkeiten verübt haben. Aber nicht nur lächerlich wirkt diese Komödie, sondern auch sittlich korruptirend und Mißtrauen erregend! Wenn die bloße Furcht, einen Sog im Landtag zu haben, solche Blüthen treibt, was ist dann von dieser Gesellschaft zu erwarten, wenn wirklich ernste Dinge vorliegen?“

Der geschäftsführende Ausschuss des liberalen Wahlvereins erklärt, daß der Zentralaussschuss stets betont habe, daß er vor Kompromissen mit anderen Parteien vor Ende des ersten Wahlganges, d. h. vor den Wahlmänner-Wahlen abträte. Wenn daher in einigen Wahlbezirken die Versammlungen der Urwähler schon vorher Kompromisse geschlossen hätten, so stehe der Zentralaussschuss diesem Vorgehen vollständig fern. Auf den Wahlkreis München II habe überdies der Zentralaussschuss keinen Einfluß. — Der Kompromiß oder das Kartell besteht also thatsächlich; ob mit oder ohne Zentralkommission bleibt sich gleich. Prinzipiell ist doch auch diese einem Kompromiß geneigt — und darauf kommt es eben an. —

Vor Nachbars Thüre zu kehren, liebt die „Wossische Zeitung“, zumal gegenwärtig, wo es ihr im eigenen Häuschen nicht recht geheuer ist, und sie nicht weiß, ob sie rechts oder links eintreten soll. Statt in den Pariser Bordell-Krawallen nur ein einfaches Symptom der allgemeinen Fäulnis der Bourgeoisie zu sehen, die rechts wie links des Rheines die gleichen Orgien feiert, spielt sie den nationalen Pharisäer und stellt den deutschen Eugendstolz der französischen Prokommunität gegenüber. Sie schreibt:

„Gäbe es in Frankreich eine starke Regierung, sie verführe mit den Bürschen vom Moulin rouge und Fin de siècle-Polke, wie sie es verdienen, sie ließe sich von keiner neu-modischen „Herrenmoral“ imponiren, sondern zeigte, daß bis auf weiteres im bürgerlichen Leben noch das bürgerliche Gesetz in Kraft ist.“

In Deutschland existirt natürlich die starke Regierung, die den „Bürschen“, welche ihre „Herrenmoral“ über das Gesetz stellen und womöglich noch eigene Verbindungen gründen, welche die Verletzung des gesetzlichen Duellverbotes zur besonderen Pflicht machen, zeigt, daß bis auf weiteres im bürgerlichen Leben noch das bürgerliche Gesetz in Kraft ist.“ „Keinem Polizeipräsidenten siele es ein, mit den Jünglingen vom lateinischen Viertel wie Macht zu Macht zu verhandeln“ — nein, liebe Tante, das könnte in Deutschland nicht vorkommen, zumal unter den studirenden Jünglingen ja doch auch demokratische Elemente vorhanden sind, mit denen selbstverständlich ein deutscher Polizeipräsident sich nicht so gemein macht; daß aber in Deutschland ein Polizeipräsident, ja selbst ein Minister es darauf ankommen ließe, auch nur den Born eines adligen Studentenkorps auf sich zu ziehen, das wäre ein so großes Wagniß, daß voraussichtlich nicht das Korps, das die „edelfsten Blüthen“ unserer Jugend vertritt, den Kürzeren ziehen würde. —

Deutsche und Schweizerische Studenten. Der deutsche Durchschnitts-Student ist Streber von Geburt, er hält es immer mit den herrschenden Gewalten, er schleppt für antisemitische und hochkonservative Kandidaten Wähler an die Urne, denunziert, wie erst unlängst in Freiberg, jeden Kollegen, der freiere Ansichten äußert. Nach dieser Dichtung giebt es keinen Unterschied zwischen dem Korpsstudenten, dem Burschenschaftler und dem Mitgliede des antisemitischen Vereins für deutsche Studenten. Vortheilhaft stehen hier von die schweizerischen Studenten ab. Selbst gelegentlich der Polizeiskandalos in Bern, wo die Bourgeoisie so fest zusammenstand, hatten Studenten den Muth, dem Chef der gegen die Arbeiter ausgebotenen Polizei- und Militärgewalt in's Gesicht zu sagen, daß die Polizei und nicht die Arbeiter an den Ausschreitungen die Schuld tragen. Der „Bürcher Post“ wird hierüber aus Bern geschrieben: Die Studentenverbände „Helvetia“ marschirte gestern nach dem Mattenhof zum Kommerse. Dabei fand sich auch Platzkommandant Scherz und sein Adjutant in Gala-Uniform ein. Oberst Scherz sprach bei diesem Anlaß über den Krawall vom 19. Juni, den Arbeitern die Schuld beimessend. Ihm antwortete Student Müller, indem er das Verhalten der Behörden und Polizei scharf kritisirte und darauf hinwies, wie die Behörden durch den Präsidenten des Einwohnervereins beeinflusst werden. Müller entsetzte lebhaften Beifall. —

Der Pariser Studentenkravall ist zu Ende — und wie es scheint, schämen sich die Herren-Krawaller selbst und auch alle sonst, die in diesem schmachlichen Kadav aktiv oder

passiv eine Rolle gespielt haben. Zur Beschönigung der häßlichen Geschichte wird hintennach versichert, das Ganze sei von — Lockspiheln veranstaltet worden, um die Nothwendigkeit einer „festen Regierung“ den Spießbürgern klar zu machen. „Feste Regierung“ heißt in Frankreich Constans. Und wahr ist, daß der „Besieger Boulanger's“ den Panamaskandal in Szene gesetzt hat, und daß er auch dem letzten Schurkenstreich des edlen Bruderpaars Deroulède und Millevoze nicht ferne gestanden hat — welcher, welcher Schurkenstreich beiläufig, wie wir es voraussetzten, für Clemenceau, der vernichtet werden sollte, zu einer Art „moralischer Rettung“ geworden ist.

Uebrigens Lockspihel hin, Lockspihel her, — ob die Herren Studenten aus eigenem Antrieb für die Freiheit der Vordellvorstellungen eingetreten sind, oder ob sie sich dazu haben „verführen“ lassen — die Rolle, welche sie gespielt, ist in dem einen Fall ebenso jammervoll, wie in dem anderen.

Für die Lockspihel-Hypothese scheint zu sprechen, daß die Polizei mit den Herren Studenten sehr glimpflich, ja höflich umging. Sie ließ dieselben ohne ein Wort des Widerspruchs in die Vorhallen der Nationalversammlung ein, während sie am 1. Mai gegen die Arbeiter-Delegationen in der rohesten Weise vorging. Aber das erklärt sich aus der „Intelligenz“ der Pariser Polizisten, die sehr wohl wissen, daß sie einem Klassenstaat dienen, und daß sie dafür bezahlt sind, der Bourgeoisie Bütteldienste gegen die Arbeiter zu leisten. Sie fühlen sich als Lakaien im Solde der Bourgeoisie, und welcher Lakai wird dem ungezogenen Sohn seines Brotherrn grob begegnen?

Die französischen Arbeiter werden sich's merken und die Lehre zu ziehen wissen. —

Wolff's Telegraphen-Bureau meldet unterm 5. Juli: „Der Ministerrath beschloß heute, daß die Regierung von der Kammer den Aufschub jeder Interpellation über die jüngsten Vorfälle in Paris verlangen solle, bis die Ruhe wieder vollständig hergestellt sei. Die Kavallerie, welche seit heute früh hier eingetroffen ist, ist nach den Gegenden dirigirt worden, welche sie zu besetzen hat. Am Abend werden mehr als 16 000 Mann Kavallerie in Paris konzentriert sein. Da die Reiter aus den verschiedenen Bataillonen, in denen sie bisher sich zusammengedrängt hatten, vertrieben wurden, giebt man der Befürchtung Raum, daß sie sich in den Stadttheilen verbreiten würden, wo sie bisher nicht gesehen wurden. Man ist jetzt der Ansicht, daß die Ausschreitungen seit 24 Stunden ihren Charakter geändert haben. Es sind nicht mehr erregte Studenten, welche Kundgebungen veranstalten, sondern sozialistische und anarchistische Elemente, welche unter dem Vorwand der angeblichen Schließung der Arbeiterbörse in den Straßen Unruhen erregen möchten. Das Aussehen von Paris ist bis in den Vormittag hinein andauernd ruhig. Man bemerkt nur Reugerige an den Orten, wo die Schlägererregten stattgefunden haben. Die Polizei läßt die Trümmer der niedergebrannten Kiosks, der Eisengitter und Tramways fort-schaffen, damit die Reiterer sich nicht derselben bei Gelegenheit bedienen können. Die Thore von Paris werden bewacht, um nöthigenfalls die Sozialisten der Banneile zu verhindern, in die Stadt zu kommen und gemeinsame Sache mit den dortigen Agitatoren zu machen. Mehrere Deputirte und Gemeinderäthe hatten sich Vormittag im Stadthause versammelt, um die Situation zu prüfen. Die Versammlung beschloß, eine Abordnung an den Minister des Innern zu senden, um die Entlassung des Polizeipräsidenten zu fordern.“

Beim offiziellen Telegraphen ist der Wunsch eines Butsches der Arbeiter, wo die Flinte schießt und der Säbel haut, während die Vordellstudenten mit Sammpfötchen angefaßt wurden, der Vater der tendenziösen Drathmeldung. —

Nach den Telegrammen vom heutigen Vor- und Nachmittag hatten die Krawalle gestern Nacht einen ziemlich bedenklichen Charakter angenommen. Das studentische Element trat zurück, und sehr zweifelhaft Elemente bemächtigten sich der Leitung, so daß die Behörden sich genöthigt sahen, Kavallerie zu requiriren. Es wurden Versuche zum Barrikadenbau gemacht; da jedoch die Arbeiter fernblieben, so kam es zu keinem ernstlichen Kampf, obgleich mehrere Personen getödtet und Dutzende verwundet wurden. Die Reaktionsäre verbreiten, die Führer der Arbeiterbörse seien auch die Führer bei den gestrigen Tumulten gewesen. Das ist aber eine durchsichtige Tendenzlüge — die Arbeiter haben mit dem ganzen Standa nicht das Mindeste zu thun — und sie hatten nicht den geringsten Grund, sich in die Sache zu mischen. Eine Straßenrevolte am Vorabend der Neuwahlen wäre heller Wahnsinn gewesen und hätte nur Wasser auf die Mühle der Reaktion geliefert. —

Die Pariser Arbeitsbörse, deren Schließung für den heutigen Tag angedroht war, ist nach den letzten Depeschen bis zum Nachmittag unbehelligt geblieben. Der Vorstand, bestehend aus Delegirten der Gewerkschaften, tagt in Permanenz, und hat den Behörden angezeigt, daß er sich jeder Vergewaltigung widersetzen werde. Die Regierung müßte geradezu wahnsinnig sein, wollte sie an den Haaren einen Konflikt herbeiziehen, der ihr keine Vortheile, wohl aber den Untergang bringen könnte. —

Comerulle. Der „Sieg“, welchen Gladstone mit seinem „Guillotinen-Gesetz“, wie die Engländer es nennen, erfochten hat, ist nicht einmal ein „Pyrrhus'sieg“ — er ist ein positiver Gewinn für die Gueuer. Und thatsächlich sind es auch bloß die „Unionisten“, welche Freude empfinden, während die Freunde des „großen alten Mannes“ bedenklich die Köpfe hängen lassen. In England ist die Achtung vor der Freiheit der Rede und des Meinungsäußerungs so allgemein und so tiefgewurzelt, daß jeder Verstoß gegen dieses Fundamentprinzip die energischste Mißbilligung findet und zur schärfsten Opposition treibt. Ein verdoepelter Waise muß dies der Fall sein, wenn ein solcher Verstoß von einer Partei ausgeht, die sich in erster Linie als Hüterin des freien Worts hinstellt.

Und dazu kommt noch, daß Gladstone im Jahre 1887, als die jegige Opposition, die damals in der Regierung war, eine obendrein lange nicht so weitgehende „Knebel-Akte“ verlangte, mit wahrer Berseferewuth hiergegen eiferte, jeden Angriff auf die Redefreiheit des Parlaments als ein Attentat auf die Grundlagen der Verfassung, als den schwärzesten Verrath an der Nation bezeichnend, und aus dem reichen Artilleriepark seiner Beredbarkeit die denkbar schwersten Phrasenbomben abfeuerte, die ihm jetzt sämmtlich von den böshafsten Gegnern zurückgeschleudert werden.

Das macht natürlich einen sehr schlechten Eindruck, und wenn das Wort von einer „moralischen Niederlage“

jemals wahr, so ist es wahr von diesem letzten Sieg Gladstone's.

Wenn auch die Rede-Guillotine aufs rücksichtsloseste angewandt wird, so kann die Homerulle-Bill doch frühestens Ende August durch das Unterhaus „gedrückt“ sein. Dann kommt die Bill an das Oberhaus, das sie ohne lang Federlesens verwerfen wird.

Und die Verwerfung durch das Oberhaus ist das Zeichen zur Auflösung des Unterhauses. So werden die Neuwahlen, die über das Schicksal der Homerulle-Bill entscheiden, also voraussichtlich im Herbst dieses Jahres stattfinden. —

Der Generalrath der belgischen Arbeiterpartei hat in seiner Plenarsitzung die Affäre Bolders, nachdem dieser sein Entlassungsgesuch zurückgezogen hat, für erledigt erklärt, und die deutschen Bourgeoisblätter, die schon seit einigen Tagen in langathmigen Artikeln den Zerfall der sozialistischen Partei Belgiens verkündigt haben, sind wieder einmal um eine Hoffnung betrogen. —

Parlamentarisches.

Der preussische Landtag ist am 5. Juli vom König mit folgender Thronrede geschlossen worden:

„Erlauchte, edle und geehrte Herren von beiden Häusern des Landtages!“

Am Schlusse einer langen und arbeitsvollen Sitzung und der ersten fünfjährigen Legislaturperiode des Landtages meiner Monarchie gereicht es mir zur Genugthuung, Ihnen meine Anerkennung für Ihre erfolgreiche Thätigkeit auszusprechen. Dank Ihrem bereitwilligen und verständnißvollen Zusammenwirken mit meiner Regierung hat diese Sitzungs- und Legislaturperiode zu Ergebnissen von grundlegender Bedeutung und dauerndem Werthe geführt. Die dem Vaterlande wiedergewonnene Insel Helgoland ist für immer mit der preussischen Monarchie vereinigt. Die Landgemeinde-Ordnung für die sieben östlichen Provinzen und ihre Einführung in der Provinz Schleswig-Holstein haben für die Landgemeinden dieser Provinzen, die Städte-Ordnung für den Regierungsbezirk Wiesbaden hat für die Städte dieses Bezirks die Grundlagen gedeihlicher Entwicklung des kommunalen Lebens geschaffen. Durch die Ueberweisung der Anstaltspflege für Geistesranke, Taubstumme und Blinde an größere Verbände ist die Armenlast der Gemeinden erleichtert und die Fürsorge für jene Unglücklichen verbessert worden. Die Gesetze über die Errichtung von Rentengütern haben namentlich in den östlichen Provinzen, in erfreulichem Umfange auf die Sebsthaftmachung der ländlichen Bevölkerung hingewirkt. Ich begrüße es mit Befriedigung, daß Sie bereit gewesen sind, der Erleichterung der Volksschulasten durch eine weitere Beitragsleistung aus Staatsmitteln und der Verbesserung des Dienst-Einkommens der Volksschullehrer durch Erhöhung der Alterszulagen zuzustimmen, auch die Elementarlehrer von den Beiträgen zur Versorgung ihrer Hinterbliebenen zu entlasten und ihren Waisen eine erhöhte staatliche Fürsorge angedeihen zu lassen. Das Gesetz, betreffend die Ruhegehaltslasten der Lehrer und Beherreninnen an den öffentlichen Volksschulen, wird die Pensionslast der Gemeinden erleichtern und die Ruhegehaltsabgabe der Volksschullehrer beseitigen. Für die Durchführung der Reform des höheren Schulwesens sind die erforderlichen Mittel bereit gestellt, auch ist die Verbesserung des Dienst-Einkommens der Lehrer an den nichtstaatlichen höheren Schulen gesichert worden. Die Ausgestaltung des Staatseisenbahnwesens, die Regelung der Hauptläufe, die Herstellung von Kanälen und Hafenanlagen haben weitere Fortschritte gemacht, die der Entwicklung des Verkehrs zu gute kommen werden. Durch das Gesetz über Kleinbahnen ist das Mittel gegeben, auch die bisher von Eisenbahnen noch nicht berührten Gegenden dem Verkehr zu erschließen und den Wettbewerb auf wirtschaftlichem Gebiet auf alle Theile des Landes auszubehnen. Vor allem aber ist es gelungen, das Werk einer grundlegenden Umgestaltung der staatlichen und kommunalen Besteuerung zu vollbringen. Im Anschluß an die Neuregelung der Einkommen- und Gewerbesteuer besetzen die nunmehr beschlossenen Steuerreformgesetze den Grund- und Gewerbesteuer von der bisherigen Doppelbesteuerung, ergänzen die Einkommensteuer durch eine mächtige stärkere Heranziehung des Besitz-Einkommens im Verhältniß zum Arbeitseinkommen, unter ausgiebiger Berücksichtigung der Minderbemittelten und der persönlichen und Familienverhältnisse der Steuerpflichtigen, und vertheilen die öffentlichen Lasten lediglich nach Maßgabe der Steuerkraft; sie gewähren den Gemeinden, ihrer wirtschaftlichen Natur entsprechende, ergiebige und sichere Steuerquellen. Der infolge der Steuerreform eintretenden Verschlebung in der Abstufung des Wahlrechts trägt das Gesetz über die Abänderung des Wahlverfahrens Rechnung. Ich hoffe zuversichtlich, daß die Neuordnung des staatlichen und kommunalen Steuerwesens dem Haushalte des Staates und seiner Glieder gleichmäßig zu gute kommen und daß diese von dem Streben nach ausgleichender Gerechtigkeit geleiteten Reformen meinem Volke zum dauernden Segen gereichen werden. Ihnen aber, geehrte Herren, sage ich meinen königlichen Dank für Ihre einsichtsvolle und hingebende Mitwirkung bei diesem bedeutamen Werke. Der Rechnungsabschluss des vergangenen Jahres hat sich günstiger gestaltet, als zu erwarten war. Ich gebe mich der Hoffnung hin, daß auch im laufenden Jahre der im Voranschlage des Staatshaushalts vorgesehene Fehlbetrag bei andauernder sparsamer Verwaltung die veranschlagte Höhe nicht erreichen wird. Zu meinem Bedauern haben umfangreiche Landesbedürfnisse, namentlich im Westen der Monarchie, infolge anhaltender Dürre an Streu- und Futtermangel zu leiden. Meine Regierung hat ohne Verzug Anordnungen zur Abhilfe getroffen und vertraut auf die kräftige Mitwirkung der kommunalen Verbände. Es wird auch ferner ein Gegenstand meiner landesväterlichen Fürsorge sein, der Landwirtschaft bei diesen und anderen Schwierigkeiten, mit denen sie zu kämpfen hat, zu Hülfe zu kommen. Nicht alles hat zum Abschluß gebracht werden können, was in der zu Ende gehenden Legislaturperiode geplant und erstrebt wurde. Aber der Rückblick auf ihre Ergebnisse ist sowohl von dieser selbst willen als insbesondere auch deshalb ein erfreulicher, weil das Erreichte auf dem patriotischen Geiste beruht, dem das Wohl des Vaterlandes das höchste Ziel ist. Ich schöpfe daraus die Zuversicht, daß es auch in Zukunft gelingen werde, den Aufgaben gerecht zu werden, welche in immer steigendem Maße hervortreten, daß der Kampf der Meinungen und Interessen nur in jenem Geiste geführt und der Frieden im Lande gemehrt werde. Das wolle Gott! —

Die Thronrede an die „erlauchten, edlen und geehrten Herren“ des Landtages kontrastirt lebhaft durch ihre Freundlichkeit und ihren Optimismus mit der Thronrede an die „geehrten Herren“ des Reichstags. Wir haben fortlaufend an der Thätigkeit des preussischen Landtags Kritik geübt, und es erübrigt deshalb eine Erörterung der in der Thronrede behandelten Gesetze. Die Privilegienwirtschaft der Riquet'schen Steuerreform und die von Heyden'sche Rede über die „entfittliche Wirkung“ der Staatshilfe sind noch in frischer Erinnerung; wir verweisen auf das seiner Zeit von uns darüber Gesagte. So lange der Landtag auf dem Klassen-Wahlsystem beruht, wird er nicht sein als die fleischgewordene feudal-großindustrielle Interessenwirtschaft. —

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung

Theater.

Donnerstag, den 6. Juli.
Friedrich-Wilhelmstadt Theater.
Der Bettelstudent.
Froll's Theater. Der Persenfisher.
Viktoria-Theater. Frau Venus.
National-Theater. Die Ahnfrau.
Adolf Ernst-Theater. Der Schwiegervater.
Alexanderplatz Theater. Vor Sonnenaufgang.
Winter-Garten. Spezialitäten-Vorstellung.
Apollo-Theater. Spezialitäten-Vorstellung.
Theater der Reichshallen. Spezialitäten-Vorstellung.
Kaufmann's Variété. Spezialitäten-Vorstellung.

National-Theater.

Große Frankfurterstraße 182.
Gastspiel des Fräulein Elsa v. Schabelsky:
Die Ahnfrau.
Trauerspiel in 5 Aufzügen von Franz Grillparzer.
Regie: **Max Samst.**
Eröffnung 5 1/2 Uhr. — Anfang der Abend-Vorstellung 7 1/2 Uhr.
Im Garten auf d. Sommerbühne:
Die Ballettschule.
Poffe mit Gesang und Tanz. Regie: **Hugo Hummel.**
Vor und nach der „Ballettschule“ Auftreten von Spezialitäten I. Ranges.
Neues Programm!
Morgen: **Graf Essex.**
Sonntag, den 8. : Zum 1. Male: **Schmann auf der Weltausstellung in Chicago.** Große Poffe mit Gesang und Tanz in 5 Akten von Eugen Prudenz. Musik von Adolph Wiedek.

Castan's Panopticum.

Neu:
Der Tod als Erlöser.
Neu:
Die Ehrenden des Meeres.
Bauern-Aufstand!
Musikal. Vorstellungen.
Irrgarten. — Schreckenskammer.



Passage-Panopticum.
Grösstes
Schau- u. Vergnügungs-Etablissement der Welt.
Entree 50 Pf.

Kaufmann's Variété
Am Stadtbahnhof Alexanderplatz.
Heute, Sonntag:
Gr. Garten-Concert
und 699b
Spezialitäten-Vorstellung
von Künstlern I. Ranges.
Eröffnung 5 Uhr. Entree 30 Pf.
Bei ungünstigem Wetter im Saale.
Die Vorstellungen finden bis Anfang der Winter-Saison nur Sonntag's statt. A. Zimmermann.

Moabiter
Gesellschaftshaus.
Alt-Moabit 80 und 81.
Täglich:
Theater- und Spezialitäten-
Vorstellung, sowie Concert.
Anfang 4 Uhr.
Entree 30 Pf., reservierter Platz 50 Pf.
4127L.
Helmut Peters.

Ostbahn-Park
am Rühriner Platz,
(Hermann Jnds)
Rüdersdorferstr. 71, am Ostbahnhof.
Täglich: **Konzert,**
Spezialitäten-Vorstellung.
Pantomimisten-Truppe Garetton, urkom. Tagometer-Droschkenfahrt, Mr. De Dolfs, Neger-Exzentric etc.
Volksbelustigung, jeder Art. 4 Regelmäßig zur Verfügung.

Kinderwagen. Größtes Lager Berlins
Andreasstr. 23. 20

Königl. italienischer Circus Ernesto Ciniselli.

Stadtbahnhof Zoologischer Garten.
Heute, Donnerstag, den 6. Juli:
Auf vielseitiges Verlangen:
Erste große
Damen-Vorstellung.
In dieser Vorstellung werden die Funktionen der Stallmeister von Damen übernommen.
4 Geschw. Chiarini, gen. die Südsterne. Miss Käthe Leo als Flora zu Pferde. Sgr. Theresa Spampani, Campagne-Reiterin. Mlle. Rosa in ihren vorzüglichen Trabtouren zu Pferde.
Fräulein Ranz, ausgezeichnete Parforce-Reiterin etc. etc.
Auf vielseitiges Verlangen:
Die Statue der Venus.
Gr. phantastisches Ballet, ausgeführt vom gesamten Corps de Ballet.
In Vorbereitung: **Die Erschaffung des Weibes,** oder: **Das Weib durch die Jahrhunderte.** Gr. Ausstattungspantomime, mit durchweg neuen Dekorationen, Kostümen, Requisiten etc. etc. (Geheilig geschätzt).



BERLINER HIPPODROM
am Kurfürstendamm.
2 Min. von Station Zoolog. Garten.
Täglich:
Gr. Vorstellung.
Röm. Reiten und Fahren etc.
Zum Schluss:
In den Abruzzern.
Grosse Pantomime.
200 Personen. 60 Pferde.
Anfang der Vorstellung 8 Uhr.
Im prachtv. Park von 5-11 Uhr:
Grosses Konzert.

Schweizer-Garten am Königsthor.

Täglich:
Concert, Theater
und
Spezialitäten-Vorstellung.
Geschwister Rigoli, Familie Carlo, Mr. Pamera, Max Grabow, Gebr. Dissenato, Emma Lucas, Troupe Columbia und Gebr. Vercoera.
Im Saale: **BALL.** (4190L.)
Empfehle Genossen m. Restauration, Vereinsz. J. Lonz, Alte Jakobstr. 69.
Gr. Lichterfelde. Anhalter Bahnhof.
W. Griess, Restaurant,
Saal und schattiger Garten.
NB. Einziges Lokal, welches zu Arbeiter-Versammlungen zu haben ist.

Th. Keller's Hofjäger, Hasenhaide, Bergmannstrassen-Ecke.
Heute, Donnerstag, den 6. Juli 1893: 52/10
Gr. Extra-Garten-Konzert.
Anfang 5 Uhr. Entree 15 Pf., im Vorverkauf 10 Pf. A. Froelich.

Lithographen, Steindrucker u. Berufsgenossen.
Sommer-Fest
Sonntag, den 8. Juli, in der Brauerei Friedrichshain (Lips).
Anfang 5 Uhr. 209/5
Großes Vocal- und Instrumental-Concert.

Verein der Maschinisten und Heizer
Berlins.
Sonntag, den 8. Juli,
im Schweizer-Garten am Friedrichshain, v. d. Königsthor:
Grosses Sommerfest
verbunden mit **Spezialitäten-Vorstellung** zum Besten der Weihnacht's-Beschreibung seiner Wittwen und Waisen.
Anfang 4 Uhr. Entree 30 Pf.
Zu zahlreichem Besuch ladet freundlichst ein
Das Komitee.

Achtung!
Getreideträger (Schipper) und Speicherarbeiter.
Sonntag, den 9. Juli 1893, Vormittags 10 1/2 Uhr,
bei Köllig, Neue Friedrichstr. 44:

Vereins-Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Vereinsangelegenheiten. 2. Abrechnung vom Stiftungsfeste. 3. Verschiedenes.
Gäste haben Zutritt. Aufnahme neuer Mitglieder. Die Versammlung wird pünktlich eröffnet. Um zahlreiches Erscheinen ersucht
Der Vorstand.

Verein schlesischer Sozialdemokraten.
Sonntag, den 8. Juli, Abends 8 1/2 Uhr, in den „Arminhallen“,
Kommandantenstraße Nr. 20:
General-Versammlung.
Tagesordnung:
1. Vortrag über den Ausfall der Wahlen, besonders in Schlesien.
Referent: Genosse **Adler.** 2. Diskussion. 3. Geschäfts- und Kassenbericht.
4. Vorstandswahl. 5. Verschiedenes.
282/3
Gäste herzlich willkommen.

Seit er 33 Jar, 744b
Das Alex. Löwenstein geboren war.
Als Sozialdemokrat fest und starr
Kämpfte er für Wahrheit und Recht als
Mann,
Denn der Mensch kann nichts Höheres
erstreben
Im Kampf mit Sorge und Noth,
Als ein gutes Gewissen im Leben
Und einen guten Namen im Tod.
Die Stammgäste der rothen Höhle.

Verband der Geschäftsdienere, Pader u. Berufsgenossen.
Todesanzeige.
Am 4. d. M. starb plötzlich unser Mitglied 171/4

Josef Gimmel,
29 Jahre alt, am Gehirnschlag. Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 6. Juni, Nachmittags 6 Uhr, von der Leichenhalle des Neuen Jakobikirchhofes (Wih. Hermannstraße) aus statt. Um recht zahlreiche Beteiligung bittet
Der Vorstand.

Gratweil'sche Bierhallen.
Kommandantenstr. 77-79.
Täglich:
Auftreten der Leipziger Sänger
vom Krystall-Palast.
Wochent. 7 1/2 Uhr. Entree 10 Pf.
Sonntag 6 Uhr. Entree 30 Pf.
Anerkannt gute Küche.
Säle
für Festlichkeiten und Versammlungen.
Carl Koch.

Etablissement Buggenhagen.
Täglich: **Instrumental-Concert.**
Großer Frühstücks- u. Mittagstisch. Spezial-Ausgang von Vahenhofer Lagerbier, hell und dunkel.
An Sonn- und Festtagen findet das Konzert in den oberen Sälen statt.
Entree Wochent. 10 Pf. Sonnt. 25 Pf.
Säle für Versammlungen, Kommerse, Festlichkeiten etc.

Restaurant „Lindenhof“ Stolpe
am kleinen Wannsee
hält sich zu Ausflügen den geehrten Vereinen und Gesellschaften bestens empfohlen. Belustigungen aller Art. Regelmäßig u. Kaffeeküche zur Verfügung.
Kremper am Bahnhof Wannsee.
4193L*
A. Mattausch.

Altes Schützenhaus,
Sinnenstraße 5, empfiehlt seine Festäle (500 Personen fassend) zu allen Gelegenheiten. 738b
Rath in Rechtsachen wird für Jedermann gratis erteilt im Restaurant Grenadierstr. 11. 722b

Großes Sommerfest

am Montag, den 10. Juli,
arrangirt von sozialdemokratischen Parteigenossen des
3. Berliner Reichstags-Wahlkreises
Hasenhaide. Neue Welt. Hasenhaide.
Großes Garten-Concert unter Leitung des Musikdirektors W. Finstorbusch.
Aufstreten sämtlicher Spezialitäten. Sr. Feuerwerk und Lang.
Kinderbelustigungen aller Art. Abends: **Kinderspielung.** Jedes Kind erhält eine Stocklaterne gratis. Die Kaffeeküche ist von 2 Uhr an geöffnet.
Herren, welche am Tanz teilnehmen, zahlen 30 Pf. nach.
Anfang 4 Uhr.
Billets sind bei folgenden Komiteemitgliedern zu haben: Börner, Ritterstraße 108; Tschernick, Fürstenstr. 17; Georgi, Simeonstr. 22, 4 Tr.; Gernsey, Gneisenaustr. 63, Hof 4 Tr.; Kräcker, Alexandrinenstr. 41, Hof 1 Tr.; König, Louisestr. 44; Hoffmann, Alte Jakobstr. 89; Karraus, Manteuffelstraße 115; Schölzel, Mariannen-Platz 5; Wartenberg, Elisabeth-Platz 18, sowie bei dem Vertrauensmann Fritz, Fürstenstr. 11, 4 Tr. und in allen mit Plakaten belegten Handlungen. 347/17*
Zu zahlreichem Besuch ladet freundlichst ein **Das Komitee.**

Produktiv-Genossenschaft der vereinigten Bäckerei-Arbeiter
Berlins. 131/5
(Eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftung.)
Sonntag, den 10. Juli, Nachmittags 3 Uhr, im Lokale des Herrn
Pyrtel, Gipsstraße Nr. 3:
General-Versammlung.
Tagesordnung: Statutenberathung eventuell Umänderung der Genossenschaft. Der Aufsichtsrath. J. A.: Otto Schellenberg.

Bund der geselligen Arbeitervereine
Berlins und Umgegend.
Bundesversammlung am Sonntag, den 16. Juli, Vorm. 10 Uhr, in den „Arminhallen“, Kommandantenstr. 20. 1. Vortrag. 2. Aufnahme neuer Vereine. 3. Bundesangelegenheiten und Fragekasten. Wegen wichtiger Punkte unter Bundesangelegenheiten ist das Erscheinen Aller erforderlich. 172/13

Verlag des „Vorwärts“
Berliner Volksblatt.
Berlin SW., Beuthstrasse No. 2.

Wir empfehlen unseren Parteigenossen zum Studium und zur Verbreitung:

Wilh. Liebknecht's Schriften.

- Volks-Fremdwörterbuch.** 6. Auflage. Broschirt in 12 Hefen à 20 Pf. Gebunden 3.— M.
- Hochverrath und Revolution.** —30
- Eine ungehaltene Vertheidigungsbrede gegen die Anklage des Hochverraths und wider die staatsanwaltliche Polizeiauffassung. Hochverrath und Revolution seien gleichbedeutende Begriffe. Revolution „von unten“ nämlich.
- Zur Grund- und Bodenfrage.** 2. Auflage. —50 M.
- Eine Vertheidigungsschrift für die Beschlüsse des Baseler Kongresses der Internationalen Arbeiter-Assoziation auf Vergegensetzung der Grund- und Bodens unter Verbringung eines überreichen historischen Materials.
- Wissen ist Macht — Macht ist Wissen.** Festschrift gehalten zum Stiftungsfest des Dresdener Bildungsvereins am 5. Februar 1872. 9. Auflage. —30 M.
- Eine scharfe, quellenmäßige Kritik, was unser Staat für Bildungszwecke und was er für Militärszwecke aufbringt, und eine glänzende Rechtfertigung der Beteiligung der Arbeiterklasse an den politischen Kämpfen der Gegenwart.
- Die Ensur Depesche oder wie Kriege gemacht werden,** 3. Auflage. —30 M.
- Besonders für die jüngere Generation liefert die Broschüre einen lehrreichen Beitrag zur Geschichte des deutsch-französischen Krieges.
- Robert Blum und seine Zeit.** Brosch. in 6 Hefen à 25 Pf. Gebunden 2.— M.
- Darstellung seines Lebens und Wirkens in der Zeit der deutschen Revolution und zugleich ein Stück Geschichte der 48er Bewegung.
- In Schut und Erub.** Festschrift gehalten zum Stiftungsfest des Grimmitschauer Volksvereins am 22. Oktober 1871. 6. Auflage. —25 M.
- Legt in allgemein verständlicher Form die Ziele und die Weltanschauung der Sozialdemokratie dar.
- Ueber die politische Stellung der Sozialdemokratie, insbesondere mit Bezug auf den Reichstag.** Ein Vortrag, gehalten in einer öffentlichen Versammlung des demokratischen Arbeitervereins zu Berlin am 31. Mai 1889. Mit Vorwort und einem tragikomischen Nachspiel. —10 M.
- Für die Geschichte der Entwicklung der deutschen Sozialdemokratie und der Taktik der deutschen Sozialdemokratie ist diese in jüngster Zeit vielzitierte Broschüre ein werthvolles historisches Dokument.
- Robert Owen.** Sein Leben und sozialpolitisches Wirken. Zwei ausgegrabene Stützen. Mit 2 Abbildungen. 72 S. —30 M.
- Das Alters- und Invaliden-Versicherungs-Gesetz.** Vortrag, gehalten am 13. August 1888 in einer öffentlichen Volksversammlung in Würzen. 3. Aufl. 32 S. —10 M.
- Ein Blick in die Neue Welt.** Elegant gebd. 3.— M.
- Das Buch ist in hohem Grade lesenswerth. Es enthält gerade das, was die gewöhnlichen Reisebeschreibungen nicht enthalten: einen ruhigen, objektiven Blick, eine streng sachliche Würdigung aller möglichen kleinen und großen Vorkommnisse, die Vermeidung alles unnützen Ballastes und erzeugt auf diese Weise im Leser mit den denkbar einfachsten Mitteln den Eindruck vollendeter Wahrheit.“ Stuttgarter Beobachter.
- Zum 18. März und Verwandtes.** 46 Seiten brosch. —20 M.
- Die wahrhaftige Lebensgeschichte des Josua Davidsohn.** Aus dem Englischen übersetzt von Natalie Liebknecht. Mit einem Vorwort von Wilh. Liebknecht —30 M.
- Jor, Die Ritter der Arbeit.** Nach dem Amerikanischen. Uebersetzt von Natalie Liebknecht. 1.— M.
- Wiederverkäufer erhalten Rabatt.**
Alle Buchhandlungen, Kolporteurs und Zeitungsbedeure nehmen Bestellungen entgegen. — Bei Aufträgen von außerhalb ersuchen wir um gleichzeitige Einsendung des Betrages (Porto extra).

Parlamentsberichte.

Deutscher Reichstag.

2. Sitzung vom 5. Juli, 11 Uhr.

Am Bundesrathstische: v. Böttcher, v. Marschall.
Die Sitzung wird durch den Alterspräsidenten Dieden eröffnet.

Eingegangen ist ein schleuniger Antrag: Der Reichstag wolle beschließen, den Reichskanzler zu ersuchen zu veranlassen, daß die gegen den Abg. Dr. Hermann Müller (Elf. Wp.) 1. beim Schöffengericht zu Glogau wegen Vergehens gegen die §§ 185 und 200 des Str. G. B., 2. beim Landgericht zu Glogau wegen Vergehens gegen die §§ 185, 186, 194, 196 und 200 des Str. G. B. schwebenden Strafverfahren für die Dauer der Session sistirt werden.

Auf der Tagesordnung steht die Wahl der Präsidenten und der Schriftführer. Das Haus schreitet zunächst zur Wahl des ersten Präsidenten. Es werden 319 Stimmzettel abgegeben, von denen 310 auf Herrn v. Levetzow, 4 auf Herrn Pieber, 2 auf Herrn Dieden, 1 auf Herrn Ahlwardt (Heiterkeit) entfallen.

Auf die Frage des Alterspräsidenten Dieden, ob er die Wahl annimmt, erklärt

Abg. v. Levetzow: Meine Herren, ich nehme die Wahl zum Präsidenten des Reichstages für die geschäftsordnungsmäßige Dauer dankbar an, (Bravo), um so dankbarer als sie mit einer an Einmüthigkeit grenzenden Mehrheit vollzogen ist. Ich will mich redlich bemühen, die Pflichten des Amtes zu erfüllen. Die Fehler, die ich sicher machen werde, darf ich mit Unerfahrenheit nicht mehr entschuldigen. (Heiterkeit.) Um so mehr bitte ich Sie, mir Ihre wohlwollende Unterstützung und Rücksicht zu gewähren. Halten Sie mich, bitte, für das, was ich vor allen Dingen sein möchte, für einen aufrichtigen, unparteiischen und unabhängigen Mann (Beifall), der bestrebt sein wird, auch an dieser Stelle dem Vaterland nach seinen schwachen Kräften zu dienen. Nehmen Sie vorlieb mit mir, so wie ich war, wie ich bin und, ich muß wohl sagen leider, bleiben werde. (Beifall und Heiterkeit.)

Herr v. Levetzow nimmt darauf den Präsidentensitz ein und fährt fort:

Meine Herren! Lassen Sie uns zunächst herzlich danken unserm ehrwürdigen und verehrten Herrn Alterspräsidenten für die Mißwahrung, die er dem Reichstag gewidmet hat. (Beifall.) Möge die jugendliche Frische an Körper und an Geist ihm erhalten bleiben, mit welcher er gestern und heute unsere Geschäfte besorgt hat. Mit diesem Wunsche und zum Zeichen unseres Dankes wollen Sie sich von Ihren Plätzen erheben. (Geschrei unter allseitigem Beifall.)

Das Haus schreitet darauf zur Wahl des ersten Vizepräsidenten.

Bei derselben werden 313 Stimmen abgegeben. Abg. von Buol erhält 300 Stimmen, 4 entfallen auf den Abg. v. Seereemann, je 1 auf die Abgg. Frigen, Pieber, Ahlwardt und Graf Pompeck; 5 Stimmzettel sind unbeschrieben.

Abg. Buol (3.): Ihre Wahl ehrt mich sehr. Indem ich um Ihre freundliche Unterstützung bitte, nehme ich die Wahl dankbar an. (Beifall.)

Bei der Wahl des zweiten Vizepräsidenten werden 285 Stimmen abgegeben. Davon erhält Abg. Bürlin 226, 44 Zettel sind unbeschrieben, von den übrigen entfallen 4 auf den Abg. v. Benda, 4 auf den Abg. v. Bollmar, 8 auf den Abg. Bebel, je 1 auf die Abgg. Weiser, Barth, Hammacher und Ahlwardt. Der Abg. Bürlin ist also gewählt.

Abg. Bürlin (natl.): Ich nehme die auf mich gefallene Wahl mit vielem Dank an und bitte zugleich das hohe Haus um gütige Rücksicht und Unterstützung für die Fälle, in denen ich berufen sein werde, die Verhandlungen des hohen Hauses zu leiten. (Beifall.)

Auf Antrag des Abg. v. Bennigsen werden durch Affirmation zu Schriftführern gewählt die Abgg. Braun, Cegielski, Hermes, v. Hollaender, Krebs, Kropatschek, Merbach, Pieschel.

Zu Quästoren ernannt der Präsident die Abgg. Mintelen und Böttcher.

Damit ist das Haus konstituiert, und der Präsident wird dem Kaiser die pflichtgemäße Anzeige davon machen.

Die Sachkommissionen sollen auch diesmal wieder zusammengetreten und nach der nächsten Plenarsitzung von den Abtheilungen gewählt werden.

Schluß 2 1/2 Uhr. Nächste Sitzung Freitag 1 Uhr. (Schleunige Anträge Schmieder und Auer, welche letztere während der Sitzung eingegangen sind, auf Sistirung schwebender Strafverfahren gegen die Abgg. Müller-Sogan, Schmidt-Frankfurt, Schulze-Königsberg, Buch und Metzger-Hamburg; erste Berathung des Gesetzesentwurfes, betr. die Friedenspräsenzstärke des deutschen Heeres.)

Parteinachrichten.

Zum Dortmunder Wahlschwindel. Folgender Briefwechsel, der unsern Dortmunder Parteiblatt zur Veröffentlichung übergeben wird, möge der Welt zeigen, wie es mit dem politischen Anstandsgefühl des Herrn Müller befielt ist:

Gelsenkirchen, Friedrichstraße 49, 28. Juni 1893.
Herrn Theodor Müller

auf Kupperhammer bei Brackwede.

Bisher mit dem Einsammeln von Wahlprotesten für den Wahlkreis Dortmund beschäftigt, finde ich, daß ich mich veranlaßt finde, an Sie als Landmann das Ansuchen zu richten, doch uns „Vielefelder“ nicht die Schmach anzuthun, das mit derartigen Mitteln „eroberte“ Reichstagsmandat anzunehmen, damit nicht zum zweiten Male der Reichstag in die Lage versetzt wird, ein vernichtendes Urtheil über im Wahlkreise Dortmund geübte Wahlpraktiken zu fällen. Wenn bei der Reichstagswahl im Jahre 1890 grobe Verhältnisse vorgekommen sind, dann sind dieselben gegen die bei der jüngsten Reichstagswahl — Stichwahl — vorgekommenen groben, gewalthätigen Wahlbeeinflussungen das reine Kinderspiel.

Es unterliegt keinem Zweifel, daß nach dem gesammelten reichhaltigen Wahlprotestmaterial, die Prüfungskommission und der Reichstag die Wahl für ungültig erklären müssen.

Bei der geringen Zahl, mit welcher Sie gewählt sind, glaube ich mich nicht zu täuschen, wenn ich annehme, daß Sie auf mein Ansuchen eingehen werden.

Mit aller Hochachtung zeichne als Landmann!
Ludwig Schröder.

Brackwede (Westfalen), 29. Juni 1893.

Herrn Ludwig Schröder

Gelsenkirchen, Friedrichstr. 49.

Auf Ihr gest. Schreiben von gestern erwidere ich Ihnen, daß ich meine Pflicht als Abgeordneter für den Wahlkreis Dortmund-Hörde größtlich verlesen würde, wenn ich lediglich auf Grund Ihrer völlig unbewiesenen Behauptung, meine Wahl sei durch unerlaubte Wahlbeeinflussungen zu stande gekommen, mein Mandat nicht ausüben wollte.

Fühlen Sie sich durch Wahlvorstände beschwert, ist es Ihre Sache, in einem Wahlprotest Beschwerde zu führen, und erst nach Abschluß der Untersuchung und Klarlegung der Beschwerden, wobei bekanntlich beide Theile gehört werden müssen, ist der Reichstag und der Abgeordnete berechtigt, die Schlussfolgerungen zu ziehen.

Bei etwas näherem Nachdenken werden Sie auch wohl selbst das Ungerechtfertigte Ihres Anstehens einsehen, wenn Sie auch im Eifer des Gefechts im Recht zu sein glauben.

Achtungsvoll Th. Müller.
Hoffentlich bleibt Herr Müller nicht wieder drei Jahre zu Unrecht im Reichstage sitzen.

Unser Parteigenosse Th. Wächter, der bekanntlich zur letzten Reichstagswahl im 4. märktembergischen Wahlkreise kandidirt hat, ist in seiner Eigenschaft als Predigtamtskandidat gemahregelt worden. Die „Schwäbische Tagwacht“ bringt darüber folgende Zuschrift: „Eine Mahregelung. In ihrem konservativen Parteieifer für die Kandidatur Schrempf war es mehreren Pfarrern des 4. Wahlkreises unerträglich, daß einer, der immer noch das Recht auf Anstellung im Kirchendienst hatte, als spezieller Vertreter der Sozialdemokratie auftreten durfte. Damit war ja ihr Hauptkampfmittel gegen die Sozialdemokratie, die Verleumdung, daß diese Partei als solche eine atheistische Partei sei, direkt Lügen gestraft. Es mußte speziell festgestellt werden, daß, wer ein Vertreter der Sozialdemokratie ist, nicht zugleich als Vertreter des Christenthums anerkannt werden dürfe. Mehrere Pfarrer drohten dem Unterzeichneten, daß sie beim Königl. Konsistorium vorstellig werden würden. Wichtig erhielt denn auch der Unterzeichnete mitten in der Wahlbewegung eine Anfrage vom Königl. Konsistorium, „ob er ein eingeschriebenes Mitglied der sozialdemokratischen Partei sei“. Unterzeichneter bejahte diese Frage, betonte aber, wie dieser sein politisch-wirtschaftlicher Standpunkt an seiner theologisch-religiösen Stellung, wie er sie in seinem Dienstvertrage bekannt habe und wie er auf Grund derselben das Befähigungszeugniß für den Kirchendienst erhalten, nichts geändert habe. Ohne daß dem Unterzeichneten irgend welcher Grund mitgetheilt oder er persönlich gehört worden wäre, ward hierauf unter dem 21. Juni seine Entfremdung aus der Liste der Predigtamtskandidaten verfügt. — Ein Königl. Konsistorium an der Spitze einer Staatskirche konnte ja nicht anders handeln; es muß den Vertreter des Christenthums zwingen, zugleich die Politik ihrer Regierung, deren Brot sie essen, zu vertreten. Alle Freunde echten wahren Christenthums können hier wieder sehen, wie die Religion und ihre Vertreter erst dann wieder eine ihrer würdigen Vertrauensstellungen im Volk gewinnen kann, wenn sie nicht mehr in der Form der Staatsreligion die schwarze Polizei spielen muß, sondern wenn die religiösen Gemeinschaften wie private Gemeinschaften sind, deren Vertreter in ihrer politischen Ueberzeugung nicht vom Staat gemahregelt werden können. Ein dem Unterzeichneten zugewandenes Schreiben eines Pfarrers amts an das lgl. Konsistorium, die zwei Konsistorialerlasse und seine eigene Entgegnung wird der Unterzeichnete in seinem in den nächsten Tagen erscheinenden Sonntagsblatt „Der Christ“ veröffentlicht. Th. Wächter.

Ein Idyll. Die Magdeburger „Volksstimme“ veröffentlicht ihr Strafregister für die Zeit vom 1. Juli 1892 bis zum 1. Juli 1893. Es lautet:

An Strafgeldern und Kostenrechnungen wurden bezahlt 847,82 M., für Rechtsanwält 605,50 M., sonstige Kosten 36,85 M.; in Summa 1490,17 M.

Gefängnisstrafen (von mehrwöchentlich resp. mehrmonatlicher Untersuchungshaft der Genossen Böde und Beer abgesehen): Zur: 3 Monate, 1 Monat, 1 Woche (Haft); Martin: 20 Tage; Böde: 2 Wochen und 2 Wochen; Beer: 10 Tage, 2 Tage, 14 Tage und 6 Monate. Summa 1 Jahr und 1 Monat.

Eine Konferenz der südnugariischen sozialdemokratischen Partei hat Ende Juni in Temesvar stattgefunden. Sie beschäftigte sich vornehmlich mit inneren Organisationsangelegenheiten. Aus den Beschlüssen sei hervorgehoben, daß der „Volkswille“ in Temesvar als Parteiorgan anerkannt worden ist und daß demnächst eine ungarische Landeskonferenz abgehalten werden soll, welche eine Reihe innerer Streitigkeiten zu schlichten hat.

Parteipresse. Ein neues Parteiorgan ist in Hof herausgegeben worden. Es nennt sich „Hofers Volksblatt, Volksbote für Oberfranken“; als Redakteur zeichnet Daniel Städen.

Parteiinnungen. Der Vertrauensmann für Minden berichtete in einer kürzlich abgehaltenen Parteiversammlung, daß im verflohenen Geschäftsjahre 247 M. 20 Pf. eingenommen und 173 M. 26 Pf. ausgegeben worden sind. Der Kassenbestand beträgt 73 M. 94 Pf.

Paris. Sonnabend, den 3. d., halten die französischen Genossen ein Bankett zur Feier des Wahlsieges der deutschen Sozialdemokraten ab. Nach dem Bankett folgen Ansprachen, Reden und Toaste.

Polizeiliches, Gerichtliches etc.

— Wegen angeblichen Vergehens gegen § 131 des Strafgesetzbuches hatte sich der Redakteur des „Offenburger Volksfreunds“, Genosse G. e. d., am 3. Juli vor den Geschworenen zu verantworten. Das Delikt sollte begangen sein durch Abdruck einiger markanter Stellen aus der bekannten Broschüre „Soldaten oder Menschen?“. Die Verhandlung endete, wie voranzusehen war, mit Freisprechung.

Lokales.

Gewerbegerichtliches. Sehr häufig, wenn nicht meistens, kommen die Vertreter beklagter sowie klagender Arbeitgeber mit Vollmachten für den auszufechtenden Streit, die bei Klageansprüchen von 150 M. und mehr ohne Stempelmarke sind, während bei Objekten dieser Höhe die Stempelpflicht besteht. Derartige ungestempelte Vollmachten berechtigen nicht zur Vertretung des in Betracht kommenden Klägers oder Beklagten. Natürlich gilt das auch für Arbeiter. Da nun das Gewerbegericht nicht, wie andere Gerichte, besagt ist, die Stempelgebühr zu liquidiren, ist es dringend jedem Interessirten anzurathen, von vornherein auf Erfüllung der gesetzlichen Stempelpflicht — bei Klageobjekten unter 150 M. besteht dieselbe nicht — zu achten. Dadurch schützt er sich vor unangenehmen Weiterungen und zweitens beeinträchtigt er nicht die Wirksamkeit des Gerichts, dessen Hauptaufgabe mit es ja sein soll, schnell und in jeder Beziehung möglichst billig zu arbeiten.

Der Landrath des Kreises Teltow macht amtlich bekannt, daß in Schöneberg eine Masern-Epidemie ausgebrochen ist.

Die Konsumvereine haben längst aufgehört, als soziale Heilmittel gegen die Sozialdemokratie von den bürgerlichen Parteien angepriesen zu werden. Der „König im sozialen Reich“, Schulze-Delitzsch, ist längst vergessen, und wird von denen, die ihn himmelhoch priesen, verleugnet. Lassalle hat seiner Zeit die Bedeutung von Konsumvereinen auf ihr richtiges Maß zurückgeführt und gezeigt, daß dem Arbeiter in erster Linie als Produzent, nicht als Konsument geholfen werden müsse. Wenn Arbeiter glauben, sich Erleichterungen verschaffen zu können, indem sie Konsumvereine gründen, und durch diese gewisse Vortheile zu verschaffen, mögen sie es immerhin thun. Wir wollen hierüber gegenwärtig nicht diskutieren. Diese genossenschaftlichen Vereine haben für den Arbeiter vielfach das Gute wenigstens gehabt, sie in der Selbstverwaltung zu erziehen. Etwas ganz anders aber ist es mit den Vereinsbeglückungen sündiger Köpfe. Da kommt so einer auf den Gedanken, einen Verein zu gründen, dessen Wirksamkeit folgende ist. Er trifft mit einer Anzahl Geschäftsleuten ein Abkommen, daß den Kunden, welche er oder quasi der „Konsumverein“ ihnen zuführt, einige Prozent Rabatt gewährt werden. Der kleine Geschäftsmann geht mit Vergnügen darauf ein, daß ihm Kunden zugeführt werden und der Vorstand des „Vereins“, der sich natürlich einen Gewinnantheil vorbehält, setzt allen Eifer daran, dem Verein möglichst viele Mitglieder zuzuführen. Was hat der Arbeiter für Vortheile bei solchem Verein? Nehmen wir einmal einen solchen Verein wie den „Konsumverein Bedding“. Ein Arbeiter, der sich dazu verleiten läßt, Mitglied zu werden, erhält allerdings von den Geschäftsleuten, mit denen der Verein in Verbindung steht, Rabattmarken, die ihm vielleicht nach Ablauf eines Jahres für 100 M. gekaufte und 6 a r bezahlte Waaren einen Gewinn von 5 M. abwerfen. Ob ihm aber dieser Vortheil nicht aufgewogen wird durch manche Qualitätsmängel? Und wäre dieses auch nicht der Fall, würde er nicht dieselben Vortheile sich ohne Verein schaffen können? Man gehe nur zu einem Geschäftsmann hin und verlange von ihm dieselben Vortheile, die dem Konsumvereins-Kunden gewährt werden; der Einzelkäufer hat nicht nöthig, sich schlechter als dieser behandeln zu lassen, um wieviel besser ist das Nicht-Vereinsmitglied gestellt; der Kaufmann weiß, daß wenn er diesen Kunden nicht gut bedient, er nicht wiederkommt, während der ihm durch den Konsumverein geführte Kunde manches sich gefallen läßt und nicht so leicht fortläuft. Einen realen Profit hat nur der Vorstand. Im Konsumverein Bedding ist der Vorsitzende ein städtischer Schulmeister, der seine freie Zeit in dem „gemeinnützigen“ Unternehmen ganz vortheilhaft verwerten mag. Wir gönnen dem Schulmeister die freie Zeit, wir gönnen ihm auch einen Nebenverdienst — aber wir halten es für sehr überflüssig, daß Arbeiter sich zum Gegenstand solcher Vereinsbildungen gebrauchen lassen.

Der Turnverein „Gesundbrunnen“, resp. dessen Vorstand, ist höchlich enttäuscht, daß er in seiner Mitte Sozialdemokraten hat. Er schiebt uns folgendes Schreiben:

„Unterzeichneter bittet ergebenst um Aufnahme folgender Berichtigung:

In der Nummer 149 Ihres werthen Blattes vom Mittwoch, den 28. Juni d. J. stand unter Sammlungen zum Wahlfonds: „Bier rote Turner aus T. A. Gesundbrunnen Mädchen?“ 1.—“

Ein Mitglied solchen Namens haben wir nicht. Außerdem sind unsere Sammlungen den Grundgesetzen der deutschen Turnerschaft angemessen, zu der wir auch gehören, und haben sich der Verein sowie unsere Mitglieder als solche jedem Partei- und Politiktriebe fern zu halten und insofern als Turner auch zu keinem Wahlfonds etwas zuzugeben.

Turnverein „Gesundbrunnen“.

J. A.

P. Schulz, Vorsitzender.“

Das nennt Herr P. Schulz eine Berichtigung! Er ist wohl der Reichthümer seiner Vereinsmitglieder! Die vier roten Turner haben angemessen den „Sammlungen“ des Vereins es durchaus für unethisch gehalten, den Herrn Vorsitzenden von ihrer Parteierrichtung zu unterrichten, und der Herr Vorsitzende sollte ebenso sühnungsgelassen sein und sich nicht um die Parteierrichtung der Mitglieder kümmern. Uebrigens ist in den Sammlungen zum Wahlfonds nicht Mädchen als Beitragender genannt; es ist nur der Vermerk hinzugefügt „Mädchen?“, was wohl augenscheinlich heißen soll: „Da wird ein gewisses Mädchen in dem Verein wohl gern dahinterkommen wollen, wer wir sind.“ Wer mag wohl als das Mädchen gemeint sein?

Eine entsetzliche Aufführung findet das von mehreren Blättern gemeldete Geschehnis, daß in Steglitz am Sonnabend-Morgen der anscheinend leblose Körper eines Mädchens in empfindlicher Weise, mittels Handlakens, von der Bluth'schen Gärtnerei nach dem Amtsbureau transportirt worden ist. Das Mädchen, welches sich mit dem Austragen von Badwaare beschäftigt, ist dem feineren Gärtnereibesitzer Bluth in die Erdbeeren gegangen. Bluth selbst, der als eine gefürchtete Persönlichkeit gilt, hat das Mädchen bei der That erlappt und so lange gepeigt und geschlagen, bis es regungslos am Boden lag. Dann hat er seinem Personal den Auftrag erteilt, das Mädchen nach einem Keller zu schaffen; als dies geschehen, ist er allein nach jenem Keller gegangen, wo er sich nochmals an dem Mädchen vergriffen haben soll. Trotz des fürchtbaren Jammers und Schreies der Gemisshandelten hat es niemand gewagt, dem Grausamen sein Opfer zu entreißen. Da die Gemisshandelte nicht wieder zum Bewußtsein gekommen ist, hat Bluth seine Leuten befohlen, sie vom Grundstück fort und nach dem Amtsbureau zu schaffen, was in der gemeldeten, jeder Menschlichkeit zuwiderlaufenden Weise erfolgt ist. Das bedauerenswerthe Mädchen ist von der Polizei in ärztliche Behandlung gegeben worden und am darauffolgenden Tage qualvoll gestorben. Die Leiche befindet sich bereits im Obduktionshause. Bluth wurde Dienstag auf staatsanwaltliche Requisition festgenommen und in das Untersuchungsgefängniß Berlin-Moabit abgeführt.

Bezüglich des festgenommenen Schreibers Paul Haupt, der aus den Umkleidezellen der Veloziped-Rennbahn Geld- und Werthfachen entwendete, hat sich ferner herausgestellt, daß er auf ähnliche Weise die Zellen der Badeanstalt am Kochsee in Charlottenburg aufgesucht und geplündert hat. Ueber den auf der Rennbahn geglückten Diebstahl war er so freudig erregt, daß er sich sofort nach der Badeanstalt begab und die Anordnung traf, seine Zelle für den nächsten Tag zu befränzen, da sein Geburtstag sei. Der in der Badeanstalt verübten Diebstahle wurde Haupt dadurch überführt, daß dem Kriminalwachmeister Kummer bei einer Durchsuchung der Wohnung eine Babelkarte in die Hände fiel, die mit einer Geldtasche zusammen als gestohlen gemeldet worden war. Das auf der Rennbahn entwendete Geld ist gleichfalls bis auf 40 M. zur Stelle gebracht worden.

Der gewiß seltene Fall, daß ein Menschenkind den Tod herbeiführt, ist in der hiesigen königl. Jäger-Kasernen-Kapelle am 23. v. M. wurde dort der 41 Jahre alte Gastwirth Friedrich Karl Mösenthin aus Stendal eingeleitet. Drei Tage vorher besuchte ein Zigarrenarbeiter seine Wirthschaft und brachte es durch

sein Betragen dahin, daß er vor die Thüre gesetzt wurde. Während dies geschah, wurde der Mensch so wüthend, daß ihm Schaum aus dem Munde kam und daß er dem Wirth den Daumen der rechten Hand durchbiß. Der Arm schwoll alsbald an und ärztlicherseits wurde in anbetraht der hohen Gefahr die Ueberführung des Verletzten nach Berlin angeordnet. Als Missethäter hier anlangte, war sein Zustand so bedenklich, daß der Arm abgenommen wurde. Trozdem starb der Kranke am 1. d. M. Die Leichenöffnung ergab als Todesursache Blutvergiftung. Wenn man nicht annimmt, daß der Thäter vor dem Biß Speien genossen hat, die giftige Stoffe enthielten, muß es als wahrscheinlich gelten, daß der Biß des rasenden Menschen durch eine Vergiftung des Speichels tödlich gewirkt hat.

Ein betrogenen Betrüger. Der 21 Jahre alte Drechsler Paul M. war seit etwa 6 Monaten bei der hiesigen Firma A. im Südwesten beschäftigt und genoss das Vertrauen des Prinzipals in dem Maße, daß ihm Geld zum Umsorgen und zur Auszahlung des Geldes an die Arbeiter anvertraut wurden. M. hatte gute Freunde, von denen Alex. S. und Otto K. ihm zuredeten, die auf der Bank erhobenen Gelder für sich zu behalten. Am Sonnabend schenkte der junge Mann den Einküßlerungen Gehör und verschwand mit etwa 400 M. in Begleitung seiner Genossen nach Magdeburg. Diesen war aber darum zu thun, das Geld in ihren eigenen Besitz zu bringen; sie machten den wohlhabenden Freund betrunken, nahmen ihm in dem Gasthose das Geld ab und verschwanden. Als M. erwachte, besah er nur noch 2 M. 90 Pf., um damit am Dienstag Morgen hier wieder einzutreffen. Unschlüssig hat er sich nun bisher in der Stadt umhergetrieben, bis er vorgestern Abend auf Fureden von anderer Seite den Entschluß faßte, sich unter Darstellung des wahren Sachverhalts selbst der Polizei zu stellen. Die Anführer haben, wie verlautet, einen großen Theil des Geldes verjährt und sich gleichfalls wieder nach Berlin begaben.

Selbstmord. Aus dem dritten Stock des Hauses Kirchstraße 16 in Charlottenburg stürzte sich gestern Vormittag gegen 10 Uhr die etwa 50 Jahre alte Ehefrau des seit vier Jahren in einem Irrenhause untergebrachten Lehrers K. auf den Hof hinab und starb bald darauf. Auch an der Frau waren seit einiger Zeit Spuren geistiger Umnachtung zu Tage getreten.

Polizeibericht. Am 4. d. M., Vormittags, wurde im Landwehrkanal, bei der Bellealliance-Brücke, die Leiche eines etwa 80 Jahre alten Mannes angeschwemmt. — In ihrer Wohnung, in Alt-Moabit, wurde Nachmittags eine Frau erhängt vorgefunden. Sie wurde jedoch noch rechtzeitig losgeschnitten und durch ärztliche Hilfe ins Leben zurückgerufen. — In der Nacht zum 5. d. M. sprang ein Tischler gegenüber dem Hause Königin-Augustastr. 6 in den Landwehrkanal, wurde jedoch noch lebend aus dem Wasser gezogen und nach der Charité gebracht. — Im Laufe des Tages fanden vier Brände statt.

Theater.

Im National-Theater wurde am Dienstag Grillparzer's „Medea“ aufgeführt. Als Gast debütierte eine junge Kunstnervin Fräulein Ely Francis aus Hamburg. Die Leistungen der jungen Dame wurden von dem anwesenden Publikum recht freundlich aufgenommen. Fräulein Francis besitzt sehr große Vorzüge. Sie ist jung, von hoher, vornehmer Figur, verfügt über ein wohlklingendes Organ voll Feuer und Leidenschaft. Wenn das etwas überhörende Temperament der jungen Künstlerin sich erst etwas abgekühlt haben wird, so wird sie bei Fleiß und Eifer sicher eine glänzende Bühnenkünstlerin werden.

Gerichts-Beilage.

Zu den Streitfragen über die Sonntagsruhe, welche einer Entscheidung durch das Kammergericht noch harren, gehört auch die, ob die Zeitungshändler, die ihr Gewerbe auf den Straßen betreiben, des Sonntags bis 9 Uhr ihren Geschäften nachgehen dürfen. Die Polizei verbietet den Gewerbebetrieb auf der Straße an Sonntagen überhaupt, der Zeitungshändler Fröh Vöcker, welcher mit seinem Zeitungskasten an den Königskolonnen am Alexanderplatz steht, ist in dieser Beziehung anderer Meinung, er behauptet auch Sonntags seinen Platz und ist in ewiger Freundschaft mit den Schulheuten. In zwei Fällen, über welche das Kammergericht gestern zu entscheiden hatte, war er neuerdings wegen Vergehens gegen die Gewerbe-Ordnung denunziert worden. Er setzte der Anklage einen eigenartigen Einwand gegenüber. Er behauptete, daß er seine Zeitungen gar nicht „selbstboten“ habe, daß er vielmehr eine ganze Anzahl fester Abonnenten besitze, die monatlich ihr Abonnementgeld bezahlen und sich täglich ihre Zeitung im Vorbeigehen von ihm abholen. In dem zweiten Falle stellte er die nicht widerlegbare Behauptung auf, daß das Geld, welches ihm erwiesenermaßen von einem Passanten gegeben worden, gar nicht als Entgelt für eine Zeitung gegeben sei, sondern für ein Inseerat, welches er dem Kunden besorgt hatte. Der Staatsanwalt meinte, daß auch in einem solchen Ausnahmefalle der Zeitungen an feste Abonnenten ein „Feilhalten“ zu erbliden sei, da sonst alle Straßen-Zeitungsverkäufer die Bestimmungen über den Betrieb des Handelsgewerbes an Sonntagen leicht illusorisch machen könnten. Es wurden deshalb 40 M. Geldbuße beantragt. Der Gerichtshof erkannte jedoch nach dem Antrage des Rechtsanwalts Goldschmidt auf Freisprechung. Da § 41a der Gewerbe-Ordnung sich nur auf den Gewerbebetrieb in offenen Verkaufsstellen bezieht, die Verordnung vom 20. Juni 1892 den Betrieb des Handelsgewerbes im allgemeinen regelt und es an einer Verordnung fehle, durch welche der Gewerbebetrieb auf der Straße an Sonntagen überhaupt verboten werde, so hatte nach Ansicht des Gerichtshofes, der Angeklagte, der als Zeitungspediteur thätig war, auch das Recht, sein Zeitungspeditions-geschäft bis 9 Uhr Vormittags zu betreiben.

Der Zahnarzt Robert Wolf wurde von dem Landgericht I wegen Vergehens gegen § 110, das er durch Verlesung einer Stelle aus der Lebtatsch'schen Broschüre „In Schutz und Trub“ in einer öffentlichen Versammlung von Männern und Frauen am 12. Februar d. J. begangen haben soll, zu 100 M. Geldstrafe verurtheilt.

Das Schwurgericht des Landgerichts I, welches am Montag seine Sitzungen begann, hatte in den verflochtenen drei Sitzungstagen nur Meinheitsachen zu verhandeln. Gestern bestand sich der Tischler Hermann Seibt dieserhalb auf der Anklagebank. In einer geringfügigen Strafsache hatte Seibt vor dem Schwurgerichte einen Meineid in höchst frivolster Weise geleistet, um seine angeklagte Wirthin zu entlasten. Die Geschworenen bejahten die Schuldfrage nach kurzer Beratung, worauf der Gerichtshof den Angeklagten zu 2 1/2 Jahren Zuchthaus, bürgerlichem Ehrenverlust und dauernder Unfähigkeit als Zeuge aufzutreten, verurtheilte.

Ein Landfriedensbruch unterlag am Mittwoch dem Verdict der Geschworenen am Landgericht II. Am 14. September v. J. wurde die Familie des Kutschers Langer, die im Hause Steinmühlstraße 29 in Niddorf wohnte, ermittelt. Der Ehemann war verunglückt, war von einem Wagen überfahren worden, hatte den Fuß gebrochen und mehrere Monate im Krankenhause zugebracht. Während dieser Zeit konnte die Frau keine Mithie zahlen und dies um so weniger, weil sie sich in hochschwangerem Zustande befand und deshalb nicht auf Arbeit gehen konnte.

Besitzer des Hauses ist der Wirthmeister Lipow, das Regiment scheidet Frau Lipow und zwar so energisch, daß die Familie auf die Straße gesetzt wurde, obwohl Frau Langer erst vor 10 Tagen entbunden worden war. Die Sachlage war so, daß selbst der Gerichtsvollzieher, der am Abend die Sachen abholen sollte, Mitleid hatte und die Ueberführung nach der Pfandkammer ablehnte, weil die Ermittlung erst am Mittag desselben Tages erfolgt war. Kein Wunder daher, daß auch die Nachbarn und die Straßenpassanten Mitleid mit der Frau Langer hatten, die fast nackt und bloß mit ihrem Bindelkind vor der Thür des Hauses saß, während der Gatte unterwegs war, um Hilfe zu suchen. Gatten sich schon zahlreiche Menschen um die weinende Frau angeammelt, so entstand erst eine große Zusammenrottung gegen 8 Uhr Abends, als die Arbeiter von der Arbeit heimkehrten. Unterdesse hatte sich im Hause bereits ein Alt abgepielt. Die Schwester der Frau Langer, die Arbeiterin Marie Werner, hatte ihr bestes Kleid und ein Plättchen in der Langer'schen Wohnung verwahrt. Sie hatte die Hauswirthin Frau Lipow gebeten, die Sachen, die ihr gehörten, herauszugeben, Frau Lipow aber verwies die Bittende in brüster Weise an den Gerichtsvollzieher, wobei das eben der Schule entwachsene Töchterchen der Wirthin „muthool“ Weiland leistete. Nach einer Stunde kam aber die Werner wieder, und zwar in Begleitung ihrer Mutter und einer Frau Laube. Höflich wurde die Bitte wegen Herausgabe des Kleides und des Plättchens wiederholt, als aber Frau Lipow wieder provokierend auftrat, und der Werner die Thür vor der Nase zuschlagen wollte, da „wurden Weiber zu Hyänen“, die Thür wurde wieder aufgerissen, das Thürschild zerhackt und Frau Lipow mußte sich zunächst in das Innere ihrer Wohnung flüchten. Die drei Frauenleute entfernten sich ruhig, als sie aber auf die Straße kamen, da hatten sich schon Hunderte von der Arbeit heimkehrende Arbeiter vor dem Hause angeammelt, die sämtlich ihrer Empörung Luft machten. Die Hauswirthin Lipow hielt es nun für angebracht, Del ins Feuer zu gießen, indem sie schmutziges Wasser aus dem Fenster auf die Volksmenge herabgoß. Das gab das Signal dazu, daß eine Menge von Männern nach einem gegenüber liegenden Bauplatz lief, dort Steine aufhob und damit das Haus bombardirte. In der Lipow'schen Wohnung wurden die Doppelfenster total zertrümmert, selbst ein Kanarienvogel in der Lipow'schen Wohnung wurde von einem daher saufenden Steine getödtet. Der Herr des Hauses hatte sich während des Standals in seiner Wohnung versteckt. Drei Gendarmen und zwei Polizeidiener konnten nur mit großer Anstrengung den Tumult unterdrücken. Das Verhalten der Frau Lipow wurde am Schluß der Verhandlung durch den Staatsanwalts-Vertreter Assessor Dr. Zannu scharf gekennzeichnet. Daß das Verhalten der Frau Lipow vom Standpunkte der elementarsten Humanität unverantwortlich sei, gab der Vertreter der Anklage offen zu, gleichzeitig erklärte er aber, daß es da, wo es der Staatsbehörde aus Gründen des Rechts versagt sei, einzuschreiten, es nicht dem unorganisirten Pöbel gestattet sein dürfe, ein Gericht der Rache zu bilden. Die Geschworenen sprachen einen Angeklagten gänzlich frei, die beiden Jünglinge mußten freigesprochen werden, weil die Geschworenen die Erkenntnis von der Strafbarkeit der Handlung verneinten. Die übrigen Angeklagten wurden nur der Zusammenrottung (einfacher Landfriedensbruch) schuldig erklärt, das Urtheil lautete für Bauarbeiter Adolph Laube auf 5 Monate Gefängnis, wovon 2 Monate verübt, dessen Ehefrau Marie, geb. Scheuer, auf 6 Monate Gefängnis; für unverheiratete Marie Werner auf 8 Monate Gefängnis; für Arbeiter Jakob Schmeibach auf Freisprechung; für Tischler Richard Klische auf 5 Monate Gefängnis; für Schlosser Adolph Hoffmann auf Freisprechung; für Arbeiter Robert Scheuer auf Freisprechung. Der Gerichtshof gab selbst zu, daß der Impuls der Angeklagten Mitleid gewesen sei, daß aber in Betracht zu ziehen war, daß die Angeklagten sich nicht in ihrem Rechte befanden.

Den Irrthum eines Bankbeamten hatte der Bäcker Friedrich Rogalsky sich zu nutze gemacht und dadurch eine Anklage wegen Betruges zugezogen, die auch vor dem Schöffengerichte seine Verurteilung zu einem Monate Gefängnis und 50 M. Geldstrafe zur Folge hatte. Rogalsky hatte sich einige tausend Mark erspart und wandte sich damit dem Differenzgeschäft an der Börse zu. Gelegentlich einer Abrechnung in dem Bureau des von ihm beauftragten Bankgeschäftes beging der betreffende Kassierer den Irrthum, dem Angeklagten 180 M. zu viel anzuhändigen. Gleich nach dem Fortgehen des Kunden entdeckte der Kassierer den Irrthum. Er schrieb dem Angeklagten und bat um Rückgabe. Rogalsky erwiderte darauf, daß er für das begangene Versehen nicht antworten könne, auf Karger aber den bei dem letzten Differenzgeschäft gehaltenen Verlust habe er nach dem Besuche des Bankgeschäftes eine Bierreise gemacht und besonders viele Kneipen mit Damenbedienung besucht, gegen Morgens sei er in unzurechnungsfähigem Zustande und aller Geldmittel bar nach Hause gekommen, seine Baarschaft müsse ihm entweder gestohlen oder sonstwie abhandelt gekommen sein. Das Schöffengericht glaubte dieser Erzählung ebenso wenig wie der Bankbeamte. Im gestrigen Termine vor der Verurteilung erklärte auch der Verteidiger des Angeklagten, R. A. Leonhard Friedmann, daß auch er denselben keinen Glauben schenken könne. Er bitte aber, den bisher Unbescholtenen nur mit einer Geldstrafe zu belegen. Es sei nun einmal eine im Publikum weit verbreitete, wenn auch irrite Ansicht, daß ein Bankbeamter, der irrtümlich zu viel auszahle, den Verlust zu tragen habe und keine Ansprüche machen könne. Der Gerichtshof fand sich nicht veranlaßt, an dem ersten Urtheil etwas zu ändern, sondern verwarf die Berufung.

Vom Brautkranz handelte ein Artikel der „Eisenacher Tagespost“, welchen das „Berliner Tageblatt“ am 6. Juni in abgeschwächter Form übernommen hatte. Es wurde darin das Vorgehen des Pfarrers Horn zu Dorsparben bei Meinungen einem Brautpaare gegenüber als Aufsehen erregend dargestellt. Darnach sollte Pfarrer Horn einem der kirchlichen Einsegnung ihrer Ehe harenden Brautpaare befohlen haben, den Kranz vom Kopfe der Braut zu entfernen, da diese des Schmuckes nicht würdig sei. Der Pfarrer sollte selbst Hand angelegt und den Kranz herunter genommen haben, worüber die Braut schwermüthig geworden sei. — Wegen dieses Artikels hatte Pfarrer Horn den Strafantrag gegen den Redakteur Harich gestellt, und dieser wurde gestern vor der I. Strafkammer zur Verantwortung gezogen. Aus den kommissarischen Zeugenvernehmungen ergab sich, daß die Kranzschmiede sich nicht ganz in der geschilderten Form abgepielt hatte. Insbesondere hatte nicht der Pfarrer den Kranz entfernt, sondern die Brautleute selbst, nachdem der Pfarrer seinen dahingehenden Willen kund gethan und ein Messer zur Entfernung des Kranzes dargeboten hatte, zum andern aber war die Braut nicht schwermüthig geworden, es hatte sich bei ihr vielmehr nur ein Kafendbluten eingestellt. Der Staatsanwalt hielt hiernach eine Beleidigung durch nicht erwiesene Verhättsachen für vorliegend und beantragte 300 M. a. r. l. e. l. d. u. s. e. Nach dem Verurtheilung dieses eigenartigen Falles der Angeklagte jede beleidigende Form vermieden habe und bestritt die formelle Nichtigkeit des Strafantrages. Der Gerichtshof erkannte auf 100 M. Geldbuße.

Der Zusatz von Wasser zu fertigem Bier ist nach einem Urtheil des Reichsgerichts als Hülfsgegenstand zu bestrafen. Ein angeklagter Braumeister hatte eingewandt, Wasser sei kein dem Bier fremder Gegenstand; es verbinde sich mit dem fertigen Bier so vollständig wie das vorher dazu verwendete Wasser und lasse sich als späterer Zusatz chemisch gar nicht nachweisen. Das Reichsgericht hat diese Argumentation verworfen. Das Naturprodukt Wasser sei ein anderer Gegenstand als das Kunstprodukt

Bier. Wenngleich es einen Bestandtheil des Bieres ausmache und insofern diesem im allgemeinen nicht fremd sei, so sei doch im besondern, d. h. in Beziehung auf ein bestimmtes Bier, doch Wasser, das nicht zu seiner Erzeugung gebildet habe und hierdurch ein Bestandtheil desselben geworden sei, in jedem Sinne des Wortes ein fremder Körper. „Es ist also“, fahren die Urtheilsgünde fort, „da es sich hier nur um Zusatz zu fertigem Bier handelt, gleichgültig, ob vorher ein solcher Zusatz nach den Regeln der Bierbrauerei-Technik geboten ist... Es genügt jede Menge eines Zusatzes, die eine Verschlechterung des reinen Stoffes verursacht.“

Soziale Uebersicht.

An die Maurer Berlins!
Kollegen! Die Reichstags-Wahlbewegung ist vorüber und damit tritt für uns wieder die Organisation unserer Berufs-genossen in den Vordergrund der gewerkschaftlichen Thätigkeit. Wir sind überzeugt, daß jeder zielbewusste Berliner Maurer in diesem Wahlkampfe seine Schuldigkeit gethan hat; wir erwarten aber auch von Euch, daß Ihr, als unseren Prinzipien durchdrungene Genossen, mit derselben Energie auch den wirtschaftlichen Kampf aufnehmen werdet. Jeder überzeugte Sozialdemokrat muß auch der Organisation seiner Gewerkschaft angehören, andernfalls er ein politischer Heuchler ist, der immer aus Egoismus oder Feigheit sich dem wirtschaftlichen Kampfe der gewerkschaftlichen Organisation entzieht. Verschiedene Unter-nnehmer zahlen schon 42 1/2 Pf. Stundenlohn, und wieviel Monate im Jahre haben wir Arbeit? Seht Euch ferner die Schmaroher in unseren eigenen Reihen an, denkt an die Spießgesellen! Und dann werdet Ihr zugeben müssen, daß die Berliner Maurer ihr Theil dazu beitragen müssen, zu verhindern, daß die Gesamtheit dem Pauperismus verfällt. Deshalb, Kollegen, verlangen und erwarten wir von Euch unbedingten Beitritt zu unserem Verein, denn nur vereint können wir dem Kapital Trost bieten. Der Verein tagt jeden ersten Donnerstag nach dem 1. und 15. im Monat, Abends 8 1/2 Uhr, Cassiansstr. 89. Ausnahme von Mitgliedern sowie Zahlung von Beiträgen ist auch ermöglicht Sonnabends Abends in den bekannten Zahlstellen.

Der Vorstand des Vereins
zur Wahrung der Interessen der Maurer Berlins.
J. A. C. Blaurod.

Die außerordentliche General-Versammlung der Central-Invalidentasse für die Mitglieder des Verbandes Deutscher Buchdrucker, welche am 3. Juli in Weimar abgehalten wurde, beschloß in namentlicher Abstimmung einstimmig die Auflösung der Invalidentasse. Das vorhandene Vermögen im Betrage von ca. 1140 000 M. wird zur Unterflüfung der jetzigen Invaliden und ein etwaiger Rest nach statutarischen Bestimmungen verwendet werden.

Die Allgemeine Arbeiter-Kranken- und Unterstützungs-kasse in Wien, die größte Krankenkasse Oesterreichs seitens am Sonntag das Fest ihres fünfundsingzigjährigen Bestehens. Die Kasse zählt 100 000 Mitglieder und besitzt ein Vermögen von 200 000 fl.

Ein Streik der Seelente ist nach einem Londoner Telegramm des „J. L. B.“ in Melbourne im Dock ausgebrochen. Die dortige Regierung soll es abgelehnt haben, zwischen den Rhebern und Seelenten zu vermitteln.

Ein Dorn im Auge sind den waschechten Junftbrüder die Fortbildungsschulen. Betrachten diese Herren doch die Lehrlinge als Menschen, die ihnen auf Gnade und Ungnade überliefert sind und deren Arbeitskraft sie, getreu der alten patriarchalischen Hunger- und Prügeltradition, von Rechts wegen während der ganzen 24 Stunden, die per Tag zählt, Anspruch haben. Was Wunder daher, daß sie in ihrer Beschränktheit die Zeit, welche der Lehrling in der Fortbildungsschule zubringt, als eine ihnen gestohlene betrachten und am liebsten der Schule überhaupt den Garaus machen möchten? In größeren Städten verbergen die Künstler zwar ihre Gefühle, weil sie wissen, daß die öffentliche Meinung ihnen gar zu unbarmherzig auf die Finger klopfen wird; an kleinen Orten dagegen betreiben sie offen ihre Minderarbeit zu Ehren des dreimal heiligen Un-verstandes.

Die „Breslauer Morgen-Zeitung“ berichtet: Vor nicht langer Zeit versuchten es die Stadtverordneten von Tirschtiegel, die Fortbildungsschule in diesem Städtchen zu besetzen, und nur das Veto des dortigen Magistrats verhinderte das Attempt. Der Ruhm der Tirschtiegler Stadtverordneten scheint nun die bildungsfeindlichen Elemente unter den Handwerfern anderer Städte der Provinz Polen zur Nachahmung angepörrt zu haben, wie aus einer Korrespondenz des „Kuj. Woten“ aus dem Städtchen Tremesse hervorgeht. Nach derselben sind am Sonntag voriger Woche etwa 15 Handwerkermeister zusammengetreten, um über Schritte gegen die staatliche Fortbildungsschule zu beraten. Es wurde beschlossen, einer Schöffengerichts-Verhandlung, in welcher über eine Schulverfassung abgeurtheilt werden sollte, beizuwohnen und bei ungünstigem Ausfall vorzugehen. Glücklich Weise ist dafür gesorgt, daß selbst in Tremesse die künstlerischen Bäume nicht in den Himmel wachsen; bis jetzt wenigstens hat die Regierung die Sache der Fortbildungsschulen gegen derartige Angriffe stets sehr energisch verteidigt und wird es hoffentlich auch in Zukunft thun.

Aus Mainz läßt sich die „Vossische Zeitung“ berichten: Die unter Führung des Geh. Kommerzienraths St. C. Michel stehende Mehrheit der hiesigen Stadtverordneten-Versammlung verneint es ausgezeichnet, den Sozialdemokraten den Wind aus den Segeln zu nehmen. Man wählt ihre Mitglieder in die verschiedenen Kommissionen und veranlaßt sie so zur positiven Mitarbeit. Stellen sie einen Antrag, so erfährt er unbedingte Beurteilung und eventuell Annahme. Neulich beantragte der Stadtverordnete, daß den Arbeitern der Besuch der Konzerte der städtischen Kapelle gegen ein geringes Eintrittsgeld zugänglich sein solle; man möge sogenannte Volks-Konzerte einrichten. Der Antrag wurde angenommen. Vorigen Sonntag wurde das erste dieser Konzerte abgehalten, aber die Arbeiter blieben fern. Freilich wäre es besser, solche Veranstaltungen aus dem Sonntag zu verlegen, und das wird voraussichtlich auch geschehen.

Was diese Noth besagen soll, ist der „Vossischen Zeitung“ wahrscheinlich selber unerschindlich. Wenn sie mit dem hinter ihr stehenden Philisterlägel glaubt, durch Annahme sozialistischer Anträge in Stadtverordneten-Kollegien und Parlamenten der Sozialdemokratie den Wind aus den Segeln nehmen zu können, so wundern es uns sehr, daß man in Berlin nicht bereits die Probe auf dies Exempel gemacht hat. Was es übrigens mit dem der Arbeiterschaft vorgeworfenen Bananenthum auf sich hat, das möge der Vossin eine Mainzer Korrespondenz der „Frankfurter Zeitung“ auseinandersetzen, welche lautet: Es war recht von den hiesigen Stadtverordneten, daß sie den gut gemeinten Antrag ihres sozialistischen Kollegen Dör auf Schaffung von „Volkskonzerten“ durch die städtische Kapelle annahm; leider ist das Experiment verunglückt, und das lag an — den Frankaltern. Als ich gestern Abend nach dem Garten der Stadthalle ging, malte ich mir aus, wie schön es sei, daß nun auch die Armen und Entbehrten rechte Kunst genießen sollten. Und doch stiegen Zweifel in mir auf. Ist der Sonnabend geeignet für Arbeits-lente? Ist nicht selbst ein Eintrittsgeld von 20 Pf. zu hoch für Leute, die bei 12—20 M. Wochenlohn eine mehrköpfige Familie ernähren müssen? Weiter fragte ich mich: Kommt das Konzertprogramm dem Geschmacke der Besucher entgegen? Mit der Lösung dieser Frage beschäftigt, trat ich — es war 9 1/2 Uhr — in den Garten; er zeigte sich nicht zur Hälfte besetzt. Ich schaute

Depeſchen.

Privat-Telegramme des „Vorwärts“.

München, 5. Juli. Die hieſigen Wahlmännerwahlen ergaben in 1. Kreis großen Stimmenzuwachs. Im 2. Kreis iſt die Wahl des ſozialdemokratiſchen Kandidaten geſichert.

(Depeſchen des Bureau Herald.)

Wien, 4. Juli. Der Stadtrath hat die Volkshalle und den Arkadenhof des neuen Rathhauses zur Abhaltung ſozialdemokratiſcher Volksverſammlungen über das allgemeine Wahlrecht am 9. Juli bewilligt.

Budapeſt, 5. Juli. Großes Aufſehen erregt hier ein Erlaß der Regierung, welcher alle Volksverſammlungen unterſagt, von welchen ungarische Staatsbürger ausgeſchloſſen ſein ſollen. Der Erlaß ſcheint namentlich gegen die ſich hier aufhaltenden Rumänen gerichtet zu ſein.

Belgrad, 5. Juli. Die projektirte Konſumsteuer beſteht: Paraffin- und Stearinkerzen mit 18, Bier und Del mit 20, Reis und Raffinadenzucker mit 25, Zuckerwaaren, Kaffeſurrogate, Kafe, gefalzene und getrocknete Fiſche mit 30, Chokolade und Salami mit 50, Fiſchlebertran mit 60, Liqueure, Rum und Kognak mit 100, feine Weine, Champagner, Malaga und Caperwein mit 200 Dinars per 100 Kilogramm, reſp. per 100 Liter. Die Anſchuldigung an Rindshäute werden auf 1 1/2, auf Pferdshäute auf 4, für alle andern Häute, ſowie für Wolle, auf 8 Dinars erhöht. Mit Frankreich und England werden Mißbegünstigungsverträge nach dem Muſter der öſterreichiſchen Verträge abgeſchloſſen.

Paris, 5. Juli. Als Folge der heute in der Kammer wiederholten Interpellation wegen der Maßregeln der Regierung bezüglich der Angriffe der Polizei auf die Studenten erwartet man den Sturz des Miniſteriums Dupuy.

Paris, 5. Juli. Der Auſſchuß der Studenten iſt nicht ſammengetreten, woraus man ſchließt, daß Maniſtationen nicht mehr ſtattfinden. Die Mitglieder der Arbeiterbörſe ſind ununterbrochen verſammelt; mehrere derſelben ſind vor den Unterſuchungsrichter geladen. Die Polizei verbot Nachmittags den Omnibus- und Droſchkenfuhrern auszufahren in Vorausſicht neuer Unruhen. Der Miniſtercath beſchäftigte ſich Nachmittags mit der allgemeinen Lage. Dupuy beſchloß, auf keine Interpellation zu antworten, ſo lange die Ruhe nicht wieder hergeſtellt ſei. Heute Abend werden 1600 Mann Kavallerie in Paris ſein.

London, 5. Juli. Das Komitee der Arbeitsloſen hat beſchloſſen, nächſten Donnerstag am Vermählungstage (des älteſten Sohnes des Prinzen von Wales) eine Maſſenverſammlung auf Tower-Hill zu veranſtalten und dann einen Zug zu formiren, welcher ſich direkt an die Prozeſſion des Brautpaares durch die City anſchließen ſoll, ſelbſt an die Gefahr hin, daß es bei dieſer Gelegenheit zu einem Zuſammenstoß mit der Polizei komme.

London, 5. Juli. Cornelius Herz befindet ſich noch immer in ſehr kritiſcher Lage, und hat ſehr ſtark unter Schlafloſigkeit und Erbrechen zu leiden.

London, 5. Juli. Wie jezt ſind aus den Gruben von Torn Hill 5 Leichen von 147 eingetragenen Bergleuten gefunden worden. Um 2 Uhr Nachmittags wurde das Feuer gelöſcht. Die Bergungsarbeiten dauern fort. Die Hoffnung, daß noch eine Anzahl Arbeiter am Leben ſich befindet, ſchwindet immer mehr.

(Wolff's Telegraphen-Bureau.)

Chriſtiania, 5. Juli. Die aus Mitgliedern der Linken beſtehende Majorität des Verfaſſungsausschusses wird dem Vernehmen nach die Annahme des Konſultatsbudgets beantragen unter dem Vorbehalte, daß die Regierung die Vorlage, betreffend die Kündigung der Konſultatsgemeinſchaft mit Schweden von Neujahr 1895 ab, einbringe und eine Vorlage, betreffend die Herſtellung eines ſpeziellen norwegiſchen Konſultatsweſens, vorbereite.

Petersburg, 5. Juli. Die „Nowoje Wrenja“ erzählt, daß vorgeſtern um 4 Uhr Nachmittags der frühere Seminarist Ghiaſintow, 25 Jahre alt, kränklichen Ausſehens und auf Krücken gehend, in Jarſkoie Selo in der Villa des Oberprokureurs des hl. Synods, Pobedonoszew, erſchien und denſelben zu ſprechen wünſchte. Als Pobedonoszew erſchien, machte Ghiaſintow den Verſuch, ihm einen Reſterſtick zu verſehen, wurde aber ſogleich von einem Diener am Arme gepackt und in ein Zimmer eingeperrt. Als die Polizei erſchien, erklärte der Attenkläner, er habe nur zufälligerweiſe mit dem Taſchentuch das Meſſer aus der Taſche gezogen, und dies habe ſo geſchienen, als ob er ſtrecken wollte. Später ſagte Ghiaſintow aus, er habe dem Oberprokureur nur Furcht einflößen wollen. Die Unterſuchung iſt eingeleitet worden.

Paris, 5. Juli. Deputirtenkammer. Saal und Tribünen ſind überfüllt. Es herrſcht große Erregung. Der Präſident giebt bekannt, daß mehrere Anträge auf Interpellationen über die jüngſten Vorgänge in Paris an ihn ergangen ſeien. Der Miniſterpräſident Dupuy wünſchte die Berathung dieſer Interpellationen bis zur vollſtändigen Wiederherſtellung der Ruhe zu verlagern. (Beifall im Centrum, Proteſtraufe auf der äußerſten Linken.) Dupuy fügte hinzu, der Charakter der Kundgebungen erſcheine heute klar, die Studenten verabſcheuten die Vorgänge der jüngſten Tage, die Maniſtanten ſeien die gewöhnlichen Veranſtalter von

Tumulten; es gebe unter denſelben auch viele Fremde, mit denen man unarmherzigig Rehkraus machen würde. (Beifall.) Der Arbeiterdeputirte Ferroul unterbricht hierbei den Miniſterpräſidenten mit den Worten: „Ihre Agenten ſind Mölder.“ Das ganze Centrum erhebt ſich und läßt den Zwächeneruſer hart an. Dupuy ſchließt ſodann ſeine Rede mit der Erklärung, die Regierung werde entſchloſſen ihre Pflicht erfüllen und unverzüglich die Ruhe wiederherſtellen. (Beifall.) — Mehrere Deputirte bekämpften alſodann die Berathung, beklagten ſich über das rohe Vorgehen der Polizei und tadelteln, daß der Polizeipräſekt ſeine Demiſſion noch nicht gegeben habe. Der Miniſterpräſident trat nochmals zu gunſten der Berathung ein. (Beifall.) Pelletan verſuchte zu ſprechen, aber er wurde von Schlußrufen überhört. Mehrere Mitglieder des Centrums beantragten, daß die Berathung auf Montag feſtgeſetzt werde. Miniſterpräſident Dupuy nahm für dieſen Tag an und auch die Kammer ſtimmte mit 377 gegen 133 Stimmen für dieſe Tagesordnung.

Paris, 5. Juli. Bis 3 1/2 Uhr iſt kein weiterer Zuſammenstoß gemeldet worden. Im Quartier Valin, wo ſich ein Nachlaſſen der Erregung geltend macht, ſcheint man keine neuen Unruhen zu befürchten. Der Miniſterpräſident Dupuy erklärte gegenüber einer Deputation von Mitgliedern des Municipalrathes und Deputirten, es wäre ihm bei der gegenwärtigen Lage unmöglich, eine Bitte auf Erziehung des Polizeipräſekten entgegenzunehmen.

Der Gemeinderath bewilligte den Inhabern der verbrannten oder gekünderten Kioſte eine Unterſtützung von 1000 Francs. — Das Juſtizpolizeigericht verurtheilte eine Anzahl der an den letzten Gezeſſen theilgeſtandenen Perſonen, darunter mehrere Studenten, zu Gefängnißtrafen von einem Tage bis zu zwei Monaten.

Paris, 5. Juli. Der Kaiſerſtreik iſt beendet; die Streikenden haben beſchloſſen, die Arbeit morgen wieder anzunehmen.

Briefkaſten der Redaktion.

P. M. Die Notiz A erhalten und an den Lokalredakteur abgegeben, von der anderen Zuſchrift weiß ich nichts. Senden Sie von jezt ab an mich. B. S.

N. S. 95 96. Dießbezügliche Geſuche richten Sie am beſten an das Bezirkskommando. Sprechen Sie zwiſchen 12 und 1 Uhr vor.

Steffenſhagen. Briefliche Antworten in Privatſachen zu ertheilen, iſt nicht angängig. — Das Recht, Strafantrag zu ſtellen, ſieht Ihnen zu.

3. Ziehung der 1. Klaſſe 189. Königl. Preuß. Lotterie.

Ziehung vom 5. Juli 1893.
Nur die Gewinne über 60 Mark ſind den betreffenden Nummern in Vortheile beſchrieben.
(Ohne Gewähr.)

118 89 569 422 82 916 18	1282 93 629 811 936	2000 110 16 48
72 86 447 645 70 95 109 866	3760 461 559 691	4118 463 74 573 81
641 825 29 5007 106 404	6019 100 223 309 87 474 717 899	2170
251 62 389 517 57 61 838 906 52	8218 30 469 91 11001 93 597 817	9039 188 239 400 588 712
10312 622 1106 523 973	11148 78 258 69 490 573 631 (2000) 709	805 974 77 12899 403 763 77 91
13166 310 439 9 5 54	14771 514	675
140 3 136 49 235 403 5 4 6 39 735 533	16 289 52 234 417 530 328	89 99
17083 100 38 350 559 698 81	701 52 54 857	18151 339 443
612 120 724 894	19107 370 313 94 472 98 764	34038 421 788 11001 905 31
21184 549	22011 191 370 77 759 44	230 240 219 52 408 19 510 628 737 982
24514 924 96	25109 45	249 417 35 040 960 721 515 912
26026 676	27194 503 25 413 54 66	6 5 950
28123 214 459 77 683	662 743 935 74	29160 276 88 325 98
687 601 86 790 814 907 7 27		30184 93 747 909
31226 356 440 544 597	32023 199 217 1001	35 77 97 993
33381 85 497 653 69	1309 925 34710 35047 301 978	36930 290 824 81 925 45 89 825
37151 275 307 88 441 71 911	38519 11001 715 180000	815 89 11001 951
39232 70 524 755 71 911	40301 83	41280 93 854
42030 129 500 1	427 330 55	43114 203
651 649 75 875	44021 83 245	1501 506 12 96 833 88
45034 127 30	46172 86 678 92 83 930	47118 9 6
48151 229 38 42 48 72 392	641 736 1001 73 821 31 68 983	49083 91 143 272 99 617 721 45
50127 280 715 68 859 959 71	51928 1 0 63 214 37 554 658 79	87 718 967
52448 54 511 27 601 754 893 960	53397 11001 4 3 659	95 898 924
54105 54 511 27 601 754 893 960	55050 86 752 69	500 2 99 114
205 11001 409 13 707 60	57415 729	58545 207 463 526 622 28
59639 747 871	60047 263 372 73 664	61115 11501 61 85 413 48 565 901
62141	202 54 15 53 870	63385 437 11001 56 639 59 734 79 835 62 513 36
64 900 84 364 527 665 67 732	65243 547 60 607 708 837 84 910	66071 129 395 532 719 79 893
67248 649 622 739 975	68027 317	677 601 26 57
690 4 0 24 101 39 383 604 821 84	70769 935	71115 629 74 719
72002 49 148 84 421 820 58 909 76	73092 3 1 841 91 924	74041 291 74 313 47 429 56 595 89
750 4	765 571 72 782 70680 182 97 351 427 59 514 56 617 725 29 1501 565	918 77291 29 517 83 12001 697 78124 11001 298 390 776
79032 60 63	115 34 561 555 615 744 915	80411 314 447 88 505 817 908
81300 479 537 935 69	82086 87	152 374 448 551 619 60
83400 31 5 2 44 773	84042 275 469 539 607	65 819 80 977
85197 12001 217 368 76 436 93 830 42 743 8 827 67	86091 346 6 729 834 937	87023 104 114 91 242 317 11001 646 822
11001 29 50	88096 11001 202 29 42 61 370 679 734 834 60 966 79	89195 336 62 529 762
90 66 191 425 66 732	91005 8 90 101 211 330 573 681 724 76 832	92 33 65 89
110 411 571 74 6 86	13001 757 810 93025 8 134 89 94182	3 4 516 718
95089 519 604 789	96431 20 91 685 639 712 47 38	70299 1 2 410 61 339 615 71
98009 127 335 3301 918 72	99350	454 89 771 970
100186 453 674 815	101006 29 62 383 411 59 758 833 914	102036
168 207 45 601 788 926 11501 49 41 11001	103916 53 104522 510 82	146 110 9 865
105 04 902 39	106560 276 451 706	107133 72 94 243
72 626 710 108134 218 369 531	109195 577	110233 349 61 469 10 73 646 71
111494 665 11001 713 21 40		

W. L. Forſterſtraße. Nicht hinlänglich klar; Sie ſprechen wohl gelegentlich zwiſchen 12 und 1 Uhr vor.
Alter Abonnent. Der Betreffende darf den Brief behalten, die Kündigung iſt ungiltig.
W. S. Wildbad. Da die Friſt verſäumt iſt, kann die Witwe nichts mehr machen.
S. 1003. Die Rechte des unehelichen Kindes und ſeiner Mutter hängen von dem Recht des Vaters ab, an welchem zur Zeit der Geburt der Wohnſitz der Mutter ſich befand. Verjährt iſt das eventuelle Recht noch nicht. Geklagt werden muß bei dem Gericht des Wohnortes des Beklagten. Die Betreffende wird gut thun, ſich an einen Anwalt zu wenden.
G. K. Im Auftrage mehrerer Mitglieder des Londoner Arbeitervereins. Sie ſchreiben ſo gereizt, daß wir auf perſönliche Animiſtät gegen den namhaft Gemachten ſchließen müſſen. Wenn „der Name nichts zur Sache thut“, wie Sie ſelbſt ſchreiben, warum dieſer Hornesausbruch?
F. S., Reichenbergerſtraße. Der 3. Berliner Reichstags-Wahlkreis war biſher nicht durch einen Sozialdemokraten vertreten.
Sch. Die Reichstags-Kommiſſion für Arbeiterschutz wurde mit der Vollmacht ernannt, ihre Arbeiten auch während Auſloſung des Reichstags bis zum Zuſammentreten des neuen Reichstages fortzuſetzen.
A. I. Bei den Wahlen 1890 fand in Berlin I. auch eine Stichwahl ſtatt.
W. u. T. 100. Uns unbekannt.
Dortmund. Die Polizei kann das Verlangen ſtellen. Wann iſt je eine Anfrage Ihrerſeits „in den Papierkorb“ gewandert? Bitte um genaue Datumsanzeige, damit Ihre Anfrage herausgelocht werden kann.
M. S. Ein Ausländer unterſteht in Deutschland denſelben Geſetzen wie ein Inländer. Flugblätter zu verbreiten u. dergl. iſt nicht verboten. Wohl kann aber ohne jeden weiteren Grund ein Ausländer aus Preußen ausgewieſen werden, falls er ſich nach Anſicht der Behörde läſtig macht.
L. G. 52. 55 Pf.
71 M. Sie ſind im Irrthum; Sie müſſen zahlen. Ein Geſetz, inhaltlich deſſen „öffentlich gemahnt ſo gut wie bezahlt“ iſt, beſteht nicht.
Wiſchel. Ein Rücktritt vom Lehrvertrag iſt ohne Einwilligung des Lehrherrn nicht zuläſſig.
G. P. S. Der Miethsvertrag dauert mangels ſchriftlichen Abſchlusses bis zum 1. Mai 1894.
S. 1000. Eine Zahlungsaufforderung mittels Poſtkarte kann eine Beleidigung darſtellen: es iſt dieß der Fall, wenn das Gericht annimmt, daß der Gläubiger die Abſicht der Beleidigung gehabt habe.

112016 607 89 705 938	113109 83 482 536 607 30 739 957	114213
378 467 515 641 900	115095 139 266 74 467 502 720 803	11617 94
223 64 933 55 117114 17 39 883 89	118242 331 576 695 962 119124	59 84 92 373 459 11501 514 803
120191 504 150 1	836 94 121006 25 35 101 98 84 615 11501 83 912	122077 106 372 589 996
123177	124016 156 71 376 514 649 64 69	715 1425 327 11501 79 439 508 39 869
126012 397 8 39 49 721 61 875	128136 336 793 896 901 9	129099 295 421 54 71 667 871 949
130349 48 854	131 441 229 42 340 490 503 613 777 951 11001	132919 291 901 36 711 43 78
133030 83 323 93 427 550 607 69 705	134038 238 314 4 8 604	135049 3 3 518 24 708 83 991
136028 85 369 53 461 532 65 77 808 991	137 25 292 357 412 47	138015 100 7 30 850 32
139341 78 139 43 505 643 849	141115 235 889	142101 39 47
76 673 816	143 086 183 701 45 86 960	144157 317 15 39 86 883
895 903	145111 66 212 302 425 81 614	146105 34 225 72 308 585
719 147176 511 770 857 77	148305 458 796 817	149013 136 306 92 715 1501
150008 59 136 82 83 655 61 93 721	963 929 41 69	151151 4 0
551 73 863	1521 0 278 329 85 959	153111 509 674 741 151003
30 393 363 698 76 786 831 72	155 34 495 96 527 681 701 53 150 80	146 21 54 402 707 19
157905 74 203 327 653 265	158779 421	159192 325 91 442 377
160094 230 55 572 840919 11001 21	161057 196 715 961 11001 162208	307 23 425 661 796 828
163025 1 05 463 647 62 53 164031 79 296 333	79 507 921	165345 48 59 63 814 914 98
166317 490 511 19 32 700	3 76 167051 11501 231 317 65 412 578 839	16823 518 91 633 56 760
12001 80 4	169279 130 60 1	317 489 631 86 784 894
170 68 173 523 11001 676 859	171023 396 601 970 86	172375
441 571 91 609 13001 753 959	173019 128 419 581 694 722 851 914 77	174162 231 395 616 67 736 942 91
175323 49 84 424 529 874 176088	115 249 341 140 68 516 895 97	177 00 6 269 393 494 643 716 75 91
873 944	178 09 186 99 393 512 613 11001 732 821 29	179168 208 418 538 611 61 793 836 947
180000 466 99 11001 694 37 40	181020 310 63 436 532 708 808	979 87
182033 486 84 797 87 58	183588 984	184071 11501 77 136
269 315 490 94 728 50 834 78	185027 118 39 329 600 512 23 639	50 151 97 938 11001 186123
42 296 409 570 634 765	1870 6 251	18901 355 473 768 987
188271 364 560 189120 201 85 734 915 49	190037 129 278 323 73 518	29 736 839 88 979
191008 202 79	11001 326 357 778 817 92	192043 101 394 419 500 13 605 47 60
718 875 977 79	193071 313 11001 695 736 866 92 901	194 23 271
305 70 445 61 59 896	195020 59 172 231 668 749 52 832 69 906	196225 89 192 11001 271 441 11001 609 711 90 921
197996 203 35 611	198500 82 514 649 68 71 90 949	199174 397 532 617 794
200068 539 43 63 732 931 39	201369 624 748 840 971	202029
257 344 537 87 669 871 983	203192 266 315 4 6 94 572 677 707 66	269 921 66
204094 175 235 92 536 87 8	20518 145 4 6 630 805 206112	211 330 500 10 27 61 694 11501 992
207042 11001 163 211 20 553 627	59 727 845 66 942 43	208038 141 54 325 415 83 896 708 962 209122
228 787 865	210062 261 80 817 909	211458 537 706 80 11 82 98
218 759 959 81	213053 302 37 68 73 456 525 27 99 706 47 888 275	214057 186 261 363 4 4 560 65 630 72 32 919
215049 331 453 378	621 760 817	216004 11001 4170 1 190 279 39 661 718 11001 218001
106 10 49 65 232 4 344 58 600 79	219678 636 7 7 854	2 20157 221 30 703 43
21959 82 307 76 572 708	222264 512	10 69 94 917
223002 319 31 540 707 76 881	224114 309 320 47 655	855 225153 203

Glaserei u. Bilderrahmenfabrik von C. Scholz, Brangelſtr. 2. Durch groÙe Aufträge bin ich in der Lage, den Rahmen für das Kunſtblatt „Der erſte Mai“ zum billigſten Preiſe anzufertigen. Beſtellungen entgegenſehend 4510L* C. Scholz, BrangelſtraÙe 32.

Zahn-Arzt Rob. Wolf, BrunnonſtraÙe 4 (Roſenthaler Thor). Künſ